

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Konzern-Pastoren auf der Anklagebank

Korruption im Kirchengeschäft – Das gerichtliche Nachspiel des Devaheim-Skandals

Berlin, 18. Mai 1932.

In Berlin begann heute wieder einer jener Skandalprozesse, die wochenlang die Öffentlichkeit in Spannung halten. Begegnete man im Schultheiß-Patzenhofer-Skandal auf der Anklagebank den großen Aktienpaket-Spielern und Verschachtelungsjongleuren, und im Sklarek-Skandal den gerissenen Betrügnern, die sich mit Hilfe von Schmiergeldern Zugang zu städtischen Einrichtungen und Unternehmungen verschafften, so marschiert jetzt ein dritter Typus des Konzernkapitalismus auf: der Pastor, der Bibel und Hauptbuch genau so gut miteinander zu vereinbaren weiß wie Kreuz und Profit.

Es ist der große Skandal um das Devaheim, der hier seine gerichtliche Sühne finden soll.

Angeklagt sind: Der frühere Generaldirektor Wilhelm Jeppel, der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende Pastor D. Cremer, dessen Sohn, Prokurist Ernst Wilhelm Cremer, der frühere Bevollmächtigte der Auslandsanleihe beim Centralausschuß für Innere Mission, Gustav Hollmar Claussen, der frühere Aufsichtsratsvorsitzende, der zum Devaheim-Konzern gehörenden Baugenossenschaft des Deutschen Evangelischen Volksbundes in Mülheim (Ruhr), Pastor Müller, sowie die früheren Direktoren dieser Baugenossenschaft, Paul Jeppel (ein Bruder Wilhelm Jeppels) und Kocks.

Hinsichtlich der Taten, deretwegen sie sich zu verantworten haben, übertreffen die jetzigen Angeklagten sogar noch Katzenellenbogen.

Wilhelm Jeppel, Pastor Cremer und seinem Sohn wird eine Reihe von Untreuehandlungen zum Nachteil der im Devaheim-Konzern zusammengeschlossenen Gesellschaften des Centralausschusses für Innere Mission zur Last gelegt, die vor allem in der

Verwendung von Bauspargeldern zu unzulässigen Geschäftstransaktionen und eigennützigen Zwecken

erblickt werden. Allen dreien wird auch Bilanzverschleierung vorgeworfen, Wilhelm Jeppel und Cremer jr. außerdem noch Betrug zum Nachteil von Sparern und Kreditgebern, Wilhelm Jeppel werden in diesem Zusammenhang auch noch Urkundenfälschungen zur Last gelegt. Claussen ist der Veruntreuung von Geldern der Auslandsanleihe des Centralausschusses, die er zu verwalten hatte, in drei Fällen angeklagt. Paul Jeppel und Kocks wird Betrug in zwei Fällen sowie Bilanzverschleierung zur Last gelegt, Pastor Müller Untreue zum Nachteil der Mülheimer Baugenossenschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender er war.

Die Anklageschrift umfaßt nicht weniger als 162 Seiten. Sie vermittelt zunächst einen Einblick in die innere Organisation des Devaheim-Konzerns, der mit seinen sechs verschiedenen Gesellschaften ein kaum weniger undurchsichtiges Gebilde darstellt wie irgendein anderer kapitalistischer Konzern, der in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt hat. Die Anpassung der Kirche an den Monopolkapitalismus geht eben soweit, daß sie auch seine Organisationsformen übernimmt.

Ein besonderes Kapitel der Anklageschrift

bildet die sogenannte „Hika“, die Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands G. m. b. H., die seinerzeit als Treuhänder für die vom Centralausschuß für innere Mission im Jahre 1926 aufgenommene Amerika-Anleihe in Höhe von 10 1/2 Mill. RM. fungierte und auf deren Zustände schon ein Unterschlagungsprozeß im Oktober v. J. ein mehr als merkwürdiges Licht geworfen hat.

Ueberhaupt dürfte dieser Prozeß einen sehr interessanten Beitrag zu dem Thema „kirchliche Mildtätigkeit“ liefern, da den Angeklagten neben den bereits registrierten kriminellen Vergehen auch zur Last gelegt wird, mit groß-

zügigster Hand Schweigegelder an eine gewisse Presse und Personen gezahlt zu haben. Der Pastorenrock scheint danach jedenfalls die Leiter des Konzerns nicht im geringsten daran gehindert zu haben, sich hinsichtlich der Geschäftskniffe mit dem routiniertesten und skrupellosesten Börsenjobber zu messen und wahrscheinlich wäre auch von diesen Handlungen niemals der Skandal der christlichen Nächstenliebe hineingezogen worden, hätte nicht die Krise gleich vielen andern auch diesen Pastorenkonzern umgestoßen.

Ueber die Verhandlungen des ersten Tages berichten wir an anderer Stelle.

Kriegskabinett in Vorbereitung

Vor einem Kompromiß zwischen Seijukel und Faschisten in Japan

Verschiedene Meldungen aus Tokio lassen den Schluß zu, daß eine endgültige Entscheidung in der neuen Regierungsbildung noch nicht erfolgt ist. In Vorbereitung erscheint ein Kompromiß. Ein neues Kabinett der bisher regierenden konservativen Seijukai-Partei will der Armeemacht nur dann dulden, wenn die Partei sich zur Durchführung des faschistischen „Wirtschaftsprogramms“ verpflichtet, das u. a. eine Steuerreform zur Entlastung der

faschistischen Flügel der Reaktion ist nur das Tempo der Annexion.

Die Mörder haben den Mord eingestanden. Sie rühmen sich seiner als nationale Tat. Sieben Verhaftungen wurden wegen des vorbereiteten Attentats auf die Elektrostation vorgenommen. An der Verschwörung sind, wie nachträglich bekannt wird, auch Teile des Fliegerkorps beteiligt. General Nisaki, der stellvertretende Chef des Generalstabes, soll abgelehnt haben, das Kriegsministerium zu übernehmen. Er sei für die Beibehaltung des bisherigen Kriegsministers Araki. Es scheint, daß sich ein Kompromiß zwischen den Konservativen und den Faschisten vorbereitet. Dieses Kompromiß würde jedenfalls in einer Verschärfung der Annexionspolitik und in einer aggressiven Wendung gegen die Sowjetunion zu suchen sein. Die Oppositionsgruppen sollen bereits beschlossen haben, sich an der Bildung einer „nationalen“ Regierung, das heißt an einem Kriegskabinett zu beteiligen.

Aufstand einer mandschurischen Garnison

TU. Moskau, 18. Mai 1932

Nach einer in Moskau vorliegenden sowjetamtlichen Meldung aus Peking hat die Garnison Tschangtschung gegen die mandschurische Regierung gemeutert. Zur Unterdrückung der Revolte mußten japanische Truppen zugezogen werden. 53 Soldaten sind standrechtlich erschossen worden.

120 Chinesen getötet

TU. Tokio, 18. Mai 1932

In einem erbitterten Gefecht zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freiwilligen bei Schanhaikwan wurden nach japanischen Meldungen 120 Chinesen getötet. Erst nach langem Kampfe gelang es den Japanern, die Chinesen, die unter dem Oberbefehl von Marschall Tschanghsueiliang, dem früheren Gouverneur der Mandschurei, stehen, in die Flucht zu schlagen.

Die Entscheidung fällt im Lohnkampf

Durch die Ereignisse im Reichstag mit anschließender Ministerstürzerel durch die Generalskamarilla, sind die Vorgänge auf dem Gebiet der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Öffentlichkeit stark in den Hintergrund getreten. Das ist für das herrschende Monopolkapital und die Regierung, wie auch — aus anderen Gründen — für die Gewerkschaftsführung eine sehr willkommene Begleiterscheinung der „größten“ politischen Ereignisse. Lenkt es doch die Millionen Proletarier vom wichtigsten Gebiet des Klassenkampfes gerade in einem Zeitpunkt ab, wo hier die schwerwiegendsten Entscheidungen nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die nächste Zukunft fallen.

So wichtig die Frage ist, ob Brüning, Schleicher oder Hitler die ausschlaggebende Regierungsgewalt ausübt, so ist doch nur der Ausdruck der jeweiligen Klassenkräfte, die sich am schärfsten in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Proletariat widerspiegeln.

Die Arbeiterklasse hat daher alle Veranlassung, in erster Linie die Vorgänge auf lohn- und tarifpolitischem Gebiet zu beobachten. Hier vollzieht sich gerade in diesen Tagen eine weitere gewaltige Verschiebung zu ungunsten der Arbeiterklasse. Die Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft waren schon bisher so miserabel, daß selbst die Brüning-Regierung bei neuerlichen Tarifverschlechterungen ernsthafte Widerstände bei der Arbeiterschaft und ihren Organisationen befürchten mußte. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß Stegerwald angesichts der massenhaften Tarifkündigungen zum 30. April nicht müde wurde, seine bewußt irreführende Redensart „es wäre keine allgemeine Lohnsenkung, sondern nur eine Angleichung der Löhne geplant“, zu wiederholen. Die Regierung ging zunächst auch nur sehr zögernd vor. Doch wohl selbst zur Ueberraschung der Regierung, war der von ihr erwartete Widerstand der Gewerkschaften gegenüber den ersten Abbauschiedssprüchen auffallend schwach, ja ist so gut wie völlig ausgeblieben.

Dadurch ermuntert folgte nun seitens der Scharfmacher wie der Regierung und Schlichterbehörden, Schlag auf Schlag gegen die Arbeiter. Brachte der erste Schiedsspruch gegen die Berliner Bauarbeiter „nur“ 10 Prozent Lohnabbau, so sind jetzt Schiedssprüche von 20, 25, ja bis 35 Prozent Lohnabbau an der Tagesordnung. Der in prinzipieller Hinsicht gefährlichste Lohnraub wird zur Zeit bei den Gemeindefacharbeitern durchgeführt. Hier begnügt sich die Regierung nicht mehr mit dem Eingreifen des Staatsapparates durch Notverordnung und Schlichter. Hier tritt vielmehr der Finanzminister als Lohnabbaukurator auf. Auf Grund der finanziellen Abhängigkeit der Gemeinden von Reichszuschüssen befiehlt der Finanzminister den Kommunalbehörden die Tarifkündigung und die Herabsetzung der Gemeindefacharbeiterlöhne um mindestens zehn Prozent, d. h. faktisch um 20 und mehr Prozent.



Der japanische Ministerpräsident Inukai, der bei dem Attentat einer japanischen Offiziers-Verschwörung getötet wurde

Bauern, ein Moratorium für die Kleinhändler vorsieht. Demagogische Forderungen zugunsten der Mittelschichten und aggressive Außenpolitik kennzeichnen auch in Japan das faschistische Programm.

Es ist wahrscheinlich, daß der bisherige Innenminister Suzuki ein „überparteiliches“ Kabinett bilden wird, das in Wirklichkeit unter der Herrschaft der Generale steht. Das Heer ist entschlossen, eine „Reinigung der Politik“ durchzuführen, d. h. unter teilweise antikapitalistischen Losungen die schärfste Interventionspolitik zu betreiben und vor allem die Annexion der Mandschurei, sofort durchzuführen. Die Hauptdifferenz zwischen den Spitzen der Konservativen und dem

Besonders wichtig und für die nächste Zeit von außerordentlich schwerwiegender Bedeutung ist die gerade jetzt überall einsetzende Verschlechterung der Manteltarifbestimmungen. Hier werden die letzten Reste der Revolutionserfolge aufgeschoben, besonders auf dem Gebiet des Urlaubs bemittelt. Die Urlaubsbestimmungen werden derart formuliert, daß entweder der Urlaub ganz bemittelt, oder durch Abbau der Urlaubsentschädigung und andere Bestimmungen faktisch wertlos gemacht wird.

Eine ganz böartige Verschlechterung, die auf die faktische Zerschlagung der Tarife überhaupt hinausläuft ist die jetzt begonnene sogenannte „Auflockerung“ der Tarife. Es ist die von den Unternehmern seit langem angestrebte Methode, keine „starrten“ Tariflohnsätze mehr festzusetzen, sondern nur so eine Art Richtsätze und dem einzelnen Unternehmer „Spielraum“ in der Lohnfestsetzung — nach unten natürlich — zu lassen. Ein solcher Schiedsanspruch ist schon für die nährische Papierindustrie da. Und dieser Tage soll nach dem Willen der Zechenbesitzer ein derartiger Schiedsanspruch im Ruhrbergbau erfüllt werden.

Das alles bedeutet eine ungeheuerliche materielle Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Es sind viele Milliarden Mark, die dadurch in den allerletzten Tagen und Wochen und sicher auch durch neue Schiedsprüche in allernächster Zeit der Arbeiterklasse geraubt werden. Dagegen wirkt die Viertelmilliarde, die angeblich durch die Arbeitsbeschaffungsanleihe „zugunsten der Arbeitslosen“ aufgebracht werden soll, lächerlich. Diese „Arbeitsbeschaffung“ wird, selbst wenn sie realisiert würde, was sicher nicht der Fall sein wird, im Voraus doppelt und dreifach aufgehoben und wirkungslos gemacht.

Diese Herabsetzung des materiellen Anteils der Arbeiterklasse an der gesellschaftlichen Produktion bedeutet eine gewaltige Verschiebung der Klassenkräfte zugunsten des Kapitals. Auf dieser Verschiebung der Klassenkräfte basiert die neueste Rechtsentwicklung in der Regierungsspitze.

Diese Entwicklung aufzuhalten und ins Gegenteil zu verwandeln ist daher nur möglich durch Massenkämpfe, die imstande sind, die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter zu verteidigen und zu verbessern. Die Reformisten reden heute viel vom „politischen Lohn“. Das ist nicht falsch. Keine Zeit hat krasser als die heutige den Charakter des politischen Lohnes gezeigt! Das Katastrophale der reformistischen Politik ist nur, daß sie sich mit dem jetzigen politischen Lohn und seiner weiteren Verschlechterung als etwas Unabänderliches abfindet, wie das gestern in der SAZ beim Bauarbeiterbund gezeigt wurde. Hier kann und darf es aber, bei Strafe des Unterganges, für die Arbeiterklasse kein Sich-Abfinden, keine Passivität geben, sondern es müssen von der Arbeiterklasse, von den Gewerkschaften alle geeigneten Maßnahmen zur Änderung, zur Verbesserung des politischen Lohnes getroffen werden. Das heißt nichts anderes, als daß die Gewerkschaften ein Machtmittel auf politischem, außerparlamentarischem Gebiet in breiten politischen Massenkämpfen einsetzen müssen. Nur im politischen Massenkampf gegen die Regierung, gegen Faschismus kann heute der Lohn verteidigt und verbessert werden.

Sofort Nazi-Koalition!

Da Herr Brüning das Wrack seines Kabinetts nicht flottzumachen imstande ist, läßt er durch die „zuständigen“ Stellen der Presse mitteilen, daß es mit den personellen Fragen gar nicht so eilig sei. „Die sachlichen Fragen gingen vor!“ Arbeitslosen-siedlung, Arbeitsdienstfrage. Damit sei das Kabinett hinreichend beschäftigt. Erst nach Abschluß dieser Arbeit werde dem Reichspräsidenten Bericht erstattet, wobei „natürlich auch die Personalfrage erledigt werden soll“.

Siehe da. Plötzlich sind die Arbeitslosenfragen vordringlich. Aber unterdessen berichtet die ganze reaktionäre Presse mit Genugtuung, daß der General Schleicher von Brüning empfangen worden sei, jedoch abgelehnt habe, dem Kabinett anzugehören. Er sei bereit, provisorisch kommissarisch das Reichswehrministerium zu verwalten und nicht mehr.

Hindenburg läßt verbreiten, daß er seinen Urlaub bis Anfang Juni verlängere und in Neudeck verbleibe. Es ist offenbar, daß von den Generalen und den Cliquen um die Reichspräsidentenkanzlei Brüning die Forderung gestellt wird, die Nationalsozialisten sogleich mit heranzuziehen, und die Vertagung der Kabinetts-umbildung bis Anfang Juli kann nur den Zweck haben, den Zusammentritt des Preussischen Landtages und die Koalitionsverhandlungen abzuwarten. Die entscheidende Bedingung der Generalkamarilla und der Faschisten ist: Sofortige Koalition mit den Nazis. Die Hindenburgfront wird zeitgemäß erweitert. Herr Brüning hat noch gewisse Aussichten, unter dem geplanten Direktorium Schleicher-Strauser Außenminister zu werden. — Noch!

In Bombay „herrscht wieder Ordnung“

Friedensstiftung mit Truppen und Panzerwagen — 88 Tote — 1000 Verwundete — 40 000 zum Niederlegen der Arbeit gezwungen

TU. Bombay, 18. Mai 1932.

Die Kämpfe zwischen den Mohammedanern und Hindus wurden am Dienstag, dem mohammedanischen Neujahrsfesttag, trotz Erklärung des Standrechtes noch erbitterter fortgesetzt. Ein irisches Püskillerbataillon eröffnete das Feuer auf Mohammedaner, unter denen sich auch Frauen und Kinder befanden. Manche Stadteile bieten einen wilden Anblick der Zerstörung. Drei Hindutempel wurden vollkommen eingekschert. Am Dienstag nachmittag dehnten sich die Unruhen auf das Gebiet der Baumwollspinnereien aus, von denen 80 geschlossen werden mußten. 40 000 Arbeiter mußten daher vorläufig die Arbeit niederlegen. Die Standrechtsverordnung verbietet allen Einwohnern, zwischen 20.00 und 6.00 Uhr ihre Häuser zu verlassen. Versammlungen von mehr als fünf Personen sind verboten.

Die Feindseligkeiten dehnten sich am

Dienstag auch auf Kalkutta aus. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Kämpfenden und wurde selbst von ihnen angegriffen. Insgesamt wurden 30 Personen verletzt.

Die Lage in Bombay hat sich etwas beruhigt, nachdem am Dienstag alle verfügbaren Regierungstruppen, Polizisten und Panzerwagenabteilungen zur „Wiederherstellung der Ordnung“ eingesetzt worden und mit aller Schärfe gegen die kämpfenden Mohammedaner und Hindus vorgegangen sind. Am Dienstag wurden 24 Personen getötet und 230 verwundet. Die Gesamtzahl der Todesopfer hat sich damit auf 88 erhöht. 85 Häuser wurden eingekschert und 435 Läden vollkommen ausgeplündert. Die Straßen der Stadt sind vollkommen ausgestorben. Man sieht nur noch Truppen und Polizisten!

Der ahnungslose „Vorwärts“

Wien weiß Bescheid

Ganz allmählich scheint es auch beim „Vorwärts“ dämmern zu wollen. Zwar den Mut, die Dinge bei ihrem wahren Namen zu nennen, brachte er auch bis zum heutigen Tage noch nicht auf. Lediglich wagte er es, seine Leser am Pfingstfest über Presse-Behauptungen zu unterrichten, „daß die Generals-Bürokratie in der Bendlerstraße mit dem Verbot der SA unzufrieden gewesen sei und deshalb eine Haltung eingenommen habe, die den Rücktritt Groeners als Reichswehrminister zur Folge gehabt hätte“. Sofort gefällt sich der „Vorwärts“ aber wieder darin, sich dumm zu stellen: „Wir wissen nicht, inwieweit diese Nachricht stimmt...“

In der „Wiener Arbeiter-Zeitung“, wo ebenfalls Sozialdemokraten von der Couleur der Zweiten Internationale sitzen, ist man offenbar besser informiert. Dort war wenigstens der Rücktritt Groeners (in der Ausgabe vom

Sonnabend, dem 14. Mai, ganz richtig wie folgt kommentiert:

„Gröners Rücktritt, der Sturz eines Minister-Generals durch andere politische Generale, ist ein weithin sichtbares Zeichen der Zustände, die sich in den letzten Monaten in Deutschland entwickelt haben. Die Verbindung zwischen Reichswehr- und Reichsinnenministerium hat ihre Dienste getan; sie wird aufgegeben, man braucht sie nicht mehr, die Generale sind jetzt schon stark genug, auf eigene Faust ihren Willen durchzusetzen. Wie in den Zeiten der Monarchie der Generalstab und das Militärkabinett des Kaisers die eigentlichen geheimen Beherrscher des Staates waren, vor deren Allmacht der Reichstag nur Kulisse, die Minister nur Scheinaktoren des Vordergrundes waren, so auch jetzt wieder: das Reichswehrministerium und die Militärkamarilla rund um den alten Reichspräsidenten setzen Minister ab und Minister ein. Der Militarismus macht Politik.“

Bannstrahl gegen Murphy

Führer der englischen Kommunisten ausgeschlossen

Das politische Büro der englischen Kommunistischen Partei hat überraschend vor einigen Tagen den bisherigen Führer der englischen Kommunisten J. T. Murphy aus der Kommunistischen Partei Englands ausgeschlossen. Das Präsidium der Kommunistischen Internationale bestätigt jetzt den Ausschluß, „weil Murphys Ansichten über die Sowjetregierung und den Fünfjahresplan nicht mehr dem Standpunkt der Partei und der Kommunistischen Internationale entsprechen.“

Der Ausschluß wird mit einem Aufsatz Murphys in der „Communist Review“ begründet, der „im absoluten Gegensatz zur Politik der Kommunistischen Partei und zur Linie des revolutionären Klassenkampfes gegen den imperialistischen Krieg“ stehen soll. Was die kommunistische Presse nebst Verfluchungen des Sünders daraus zitiert, ist allerdings nichtssagend. Murphy verlangt offenbar, daß von dem leeren Komintern-Geschrei gegen die Kriegsgefahr auch zu konkreten Forderungen, die den englischen Arbeitern die Verbundenheit ihres Schicksals mit dem der Sowjetunion nahebringen, übergegangen werden muß. Er verlangt z. B., daß Kreditforderungen erhoben werden.

Bekanntlich hat Trotzki mit Recht der Komintern den Vorwurf gemacht, daß sie es nicht verstehe, die Lösung der Verteidigung der Sowjetunion lebendig zu machen. Heute, wo die Kriegsgefahr wirklich akut ist, weist er das katastrophale Versagen der Komintern in deren Bekämpfung nach. Er unterstreicht dabei neben anderem auch ähnliche Forderungen wie Murphy in seinem Aufsatz. Es genügt offenbar die Versetzung dieser Gedanken bei Murphy, daß dieser als „Trotzkist“ abgestempelt — und gestern noch „historischer“ Führer der kleinen englischen kommunistischen Sektion, — heute bereits aus ihr heraus gereinigt wurde.

Der Beschluß sagt, Murphy „nähere sich dem Lager der konterrevolutionären Trotzki-

sten“. Damit ist an einem neuen Beispiel erwiesen, welche verheerende Wirkung die Herrschaft der Stalinfraktion im Kominternapparat ausübt. Sie verhindert das Wachstum revolutionärer Massenparteien in der ganzen Welt und verschärft damit die Krise der Arbeiterbewegung und die Kriegsgefahr, die zu bekämpfen sie allerdings die allein selig machenden Mittel zu besitzen behauptet.

Auszug der SPD aus dem braunschweigischen Landtag

Nach zweieinhalbmonatiger Pause trat am Mittwoch der braunschweigische Landtag wieder zusammen. Bei der Aussprache über den SPD-Antrag auf Wiedereinführung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Thielmann wegen seiner Ausführungen zur Frage Freidenkertum und Christentum vom Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen. Die sozialdemokratische Fraktion verließ daraufhin die Sitzung.

Drei Hinrichtungen wegen Spionage zugunsten „Sowjetrußlands“

Warschau, 17. Mai 1932.

Vor der Strafkammer in Warschau fand am Freitag und Sonnabend ein aufsehenerregender Spionageprozeß gegen den Bautechniker Bonkowski, den Beamten des polnischen Generalstabes Borakowski und die Kabaretttänzerin Bajewska statt. Den Angeklagten, die am 30. April in Warschau verhaftet worden waren, ist Spionagetätigkeit zugunsten Sowjetrußlands vorgeworfen worden. Bonkowski und Borakowski wurden zum Tode verurteilt, die Tänzerin zu lebenslangem schwerem Kerker. Da der Staatspräsident von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch machte, wurde Borakowski erschossen und Bonkowski erhängt.

Wie gleichzeitig aus Lublin gemeldet wird, wurde dort ein Angehöriger des 23. Infanterieregiments wegen Spionagetätigkeit zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die Hinrichtung ist kurz darauf vollzogen worden.

Zum Verbandstag der Allgemeinen Freien Lehrgewerkschaft

(18.—20. Mai 1932 im Gewerkschaftshaus, Berlin)

Heute beginnt der Verbandstag der AFLD in Berlin. Die AFLD ist keine sehr große Organisation, hat aber eine gewisse Bedeutung, da sie die einzige freigewerkschaftliche Lehrergewerkschaft in Deutschland ist. Die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Lehrer betruagt sich im Deutschen Lehrerverein, der dem Deutschen Beamtenbunde (DBB), der Spitzenorganisation der bürgerlichen Beamtenverbände, angeschlossen ist.

Im Mittelpunkt dieses Verbandstages steht das Referat des Verbandsvorsitzenden Richard Schallock (Mitgl. d. Pr. Landtages) über: Die gewerkschaftliche Arbeit der AFLD seit dem Görllitzer Verbandstag. Die Tatsache, daß Schallock im Preussischen Landtage dem Konkordat mit der katholischen Kirche zustimmte, während die AFLD, deren Vorsitzender Schallock schon damals war, sich auf das Bestimmteste gegen jedes Konkordat wandte und sogar eine besondere Broschüre in dieser Frage herausgab, hat in den Reihen der Gewerkschafter einen allzu berechtigten Protest hervorgerufen. Alles was der GA r Mißbilligung aufbrachte, hat nicht vermocht zu verhindern, daß Schallock auch dem Konkordat mit der evangelischen Kirche wiederum seine Zustimmung gab. Unter solchen Inkonssequenzen muß die Werbekraft der AFLD notwendig leiden. Der Verbandstag wird auch zu der Kulturpolitik der Preußenregierung, die ausschließliche vom Zentrum bestimmt wurde (sogar der Fachreferent für weltliche Schulfragen im preussischen Kultusministerium ist Katholik!), zur Schande der Nichtanstellung dissidentischer Lehrer in Preußen und zur faschistischen Gefahr auf kulturpolitischem Gebiet Stellung nehmen müssen. Besonders die Braunschweiger Organisation der AFLD hat im Kampfe gegen Klagges schwere Opfer auf sich genommen. Somit bietet auch dieser Verbandstag eine Gelegenheit, alle brennenden Fragen der gesamten Arbeiterbewegung auf diesem besonderen Frontabschnitt zur Diskussion zu stellen. Soll die AFLD eine wirkliche kulturpolitische Kampftruppe werden, so muß sie aus der Linie reformistischer Eisernen-Front-Politik ausbrechen und ihre Politik nach ihrem eindeutig klaren Programmsatz orientieren:

„Die AFLD geht davon aus, daß eine grundsätzliche Verständigung zwischen Kapital und Arbeit nicht möglich ist.“

Eine Kartellregierung in Frankreich?

Im Mittelpunkt der politischen Betrachtungen steht in Frankreich zur Zeit die Frage der kommenden Regierungsbildung, wobei vor allem die Möglichkeit einer Kartellregierung von Radikalsocialen und Sozialisten erwogen wird. Der Verlauf einer an den Pfingsttagen abgehaltenen Tagung des sozialdemokratischen Landesverbandes der Seine-Province hat die grundsätzliche Bereitschaft hierzu ausgesprochen. Als Voraussetzung hierzu wurde von den möglichen Koalitionspartnern verlangt, daß sie sich zur Durchführung eines „sozialistischen Mindestprogramms“ verpflichten, dessen Inhalt von Leon Blum wie folgt zusammengefaßt wurde:

1. Sofortige und bedeutende Herabsetzung der Heeresausgaben (Man spricht in diesem Zusammenhang von einer Streichung von sechs Milliarden Franken).

2. Schaffung einer Arbeitslosenversicherung und einer solchen gegen die Risiken in der Landwirtschaft und Einführung der 40-Stunden-Woche, und

3. Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften und der Eisenbahnen.

Abgesehen davon, daß diese Forderungen nichts Sozialistisches enthalten, erscheint es im Augenblick noch sehr fraglich, ob die Radikalsocialisten selbst auch ein derart bescheidenes Programm ablehnen. Wenigstens hat soeben wieder der Führer der Radikalsocialen mit betonter Blickwendung zu den Sozialisten erklärt, „daß sich seine Partei nicht von dem Empfinden abbringen lassen werde, daß die Landesverteidigung auf einem vernünftigen Heereshaushalt aufgebaut sein müsse.“

Gegen die Gorgulowhete

TU. Moskau, 18. Mai 1932

Der Außenkommissar Litwinow hat den russischen Botschafter in Paris Döwgalowski ermächtigt, gegen die Behauptung der französischen Presse und der Untersuchungsbehörde zu protestieren, daß der Mörder Gorgulow Sowjetrußland sei oder in russischen Diensten gestanden haben soll. Die russische Note wird darauf hinweisen, daß solche Behauptungen unbedingt die Lage erschweren müßten, ganz abgesehen davon, daß sie völlig frei erfunden seien.

100 Todesopfer bei dem Dampferbrand?

Paris, 18. Mai 1932

Nach den bisher über den Brand des französischen Ostindien-Dampfers „Georges Philippard“ hier vorliegenden Nachrichten scheint es sich zu bestätigen, daß etwa 100 Fahrgäste dabei ums Leben gekommen sind. Es handelt sich größtenteils um Reisende 1. Klasse, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, weil sie von den Flammen überrascht worden waren. Außerdem soll sich eine ganze Reihe von Passagieren in der ersten Erregung ins Meer gestürzt und auf diese Weise den Tod gefunden haben. Bei der Schiffahrtsgesellschaft in Marseille versichert man jedoch, daß außer den drei bekannten englischen und russischen, noch andere Dampfer an den Rettungsarbeiten beteiligt gewesen seien. Es seien sehr viel mehr Fahrgäste übernommen worden, als man bisher angenommen habe.

Man glaubt jetzt bestimmt, daß der Brand durch Kurzschluß in einer Kabine 1. Klasse entstanden ist. Nach Aussagen von Ueberlebenden soll das Feuer bereits am Sonntagabend ausgebrochen sein, obgleich der Alarm erst am Montag gegeben wurde. Bis dahin hatte man vergebens versucht, Herr der Lage zu werden.

Der französische Ostindien-Dampfer „André Léon“, der sich auf dem Weg nach Djibuti befindet, hat im Laufe des Dienstag den russischen Petroleumdampfer „Sowjetskaja“ erreicht und die etwa 420 Ueberlebenden, die sich an Bord befanden, übernommen. Unter ihnen befindet sich auch der Kommandant der „Georges Philippard“.

Erdbeben auf Celebes

London, 17. Mai 1932

Infolge eines Erdbebens in dem Manado-Bezirk auf der Insel Celebes sind fünf Personen und über 20 Personen schwer verletzt worden. Etwa 150 Häuser sind eingestürzt. Mehrere Kirchen wurden schwer beschädigt.

Weitere Berichte über das Erdbeben auf Celebes besagen, daß der Kakas-Bezirk am meisten gelitten hat. Dort wurden sieben Personen getötet. Etwa 600 Häuser stürzten teils ein oder wurden schwer beschädigt.

Seebeben im Gardasee

Rom, 17. Mai 1932

Von einem eigenartigen Seebeben wurde der Gardasee am Montagmorgen bewegt. Eine Wasserhose schleuderte die Fluten plötzlich 50 Meter hoch, um gleich darauf den Wasserspiegel 40 Meter unter die normale Wasserfläche herabzudrücken. Diese sonderbare Naturerscheinung trat mit solcher Heftigkeit auf, daß im Hafen von Riva ein großer Passagierdampfer vom Anker losgerissen wurde.

Großfeuer in Baku

Moskau (über Kowno), 18. Mai 1932

Bei dem Bau von Petroleum-Werken in Baku ist ein Brand ausgebrochen, der von der Feuerwehr und den Truppen bekämpft wird. Er dauert schon vier Tage an und konnte bis jetzt noch nicht gelöscht werden. Die Ursache wird von der OGPU untersucht.

Gang durch Güls

Ueber die Unwetterkatastrophe an der Mosel erhielten wir folgenden Augenzeugenbericht:

Unweit der gräßlichen Brückeneinsturzkatastrophe 1930 liegt das kleine Moseldorf Güls. Mit Leichtigkeit erreicht man es durch Fähre, Boot oder Brücke. Seine Einwohner gehören zu dem schwer um seine Existenz



Straße in Güls nach dem Wolkenbruch

ringenden Winterstand. Nun brach über dieses Dorf auch noch eine Katastrophe von solchem Ausmaß, wie wir es jetzt nach dem Zugänglichmachen der schlimmsten Stellen feststellen können.

Pfingstmontag gegen 5 Uhr zog sich über Güls eine tiefeschwarze Wolkenmasse zusammen, um gleich darauf ihren verderblichen Inhalt über das beklagenswerte Dorf zu ergießen. Wassermassen von 4 Meter Höhe wälzten sich, vom Berg kommend, über die Reihe der Häuser, die an seinen sonst unachsehbaren Bach gruppiert waren. Mit ungeahnter Wucht und Kraft rissen die Wassermassen alles sich entgegen Stemmende mit sich.

Zwei Häuser sind vollständig dem Erdboden gleichgemacht, die Straßenpflasterung ist aufgerissen und weggeschwemmt, Telegraphenmasten liegen wie Streichhölzer gebrochen am Boden, schwere betonierte Eisenschranke der Telefonleitungen liegen zerbeult und verbogen auf der Erde, und 5 Menschenleben kostet diese Katastrophe wieder.

Mit tiefer Bewegung erzählte uns der Feuerwehrmann von der Frau, die nun kalt mit ihrem erst 8 Monate alten Kind im Arm im Sarge liegt, wie sie bestrebt war, sich und vor allem ihre drei Kinder vor dem Regen zu schützen, und den Waschkeller eines Hauses betrat, um hier Schutz zu finden. Es sollte ihr zum Verhängnis werden; gerade dieser Keller wurde von den Wassermassen ausgefüllt, und nicht in der Lage, sich einen Aus-

weg zu verschaffen, mußte sie mit ihren drei Kindern untergehen. Noch ein zehnjähriger Junge liegt bleich in seiner letzten Ruhestatt, während

noch einige Männer vermißt werden. Man rechnet bereits damit, daß auch sie das Opfer des tückischen Elements geworden sind.

Ein Gang durch das verwüstete Dorf muß einen erschüttern. Überall liegen Mengen von angeschwemmten Sand und Schlamm. Hier liegt ein vollkommen zeretztes Sofa, dort liegen Küchengeräte. Man wendet den Kopf weg vor dem stillen Klagen. Mit Tränen in den Augen arbeitet ein Kolonialwarenhändler an der Befreiung seiner Teke von Schlamm und Schmutz.

Großen Schaden hat die Wasserkatastrophe auch unter den Landwirten ange richtet.

Gerade sah ich, wie man aus einem Stall drei oder vier tote Kühe und ein totes Pferd herausbrachte. Von all dem zahlreich vernichtetem Klein- und Kleinvieh will ich gar nicht reden.

Schwer wurden die Einwohner von Güls getroffen. „Aber eins“ — erklärte mir ein Betroffener — „hilft uns und stärkt uns: die selbstverständliche Mithilfe der ungeschädigten Bewohner und die oft angebotene Hilfe von Ortsfremden.“

Auch wir fühlen mit den armen, von Haus und Hof vertriebenen Männern und Frauen,



In diesem Haus ertrank eine Mutter mit drei Kindern

auch wir versprechen, immer unsere Kraft einzusetzen zur Hilfe der Unterdrückten und Besitzlosen, auch wir wünschen, daß sich bald eine Regierungsstelle findet, die den Aermsten hilft. Hier ist es tausendmal eher angebracht als in Subsidien für die Groß- und Schwerindustrie!

Vier Brüder ertrunken

Kopenhagen, 18. Mai 1932

Ein erschütterndes Familiendrama spielte sich am Pfingstmontag in der Nähe des jüt ländischen Städtchens Varde ab. In einer Arbeiterfamilie war das neunte Kind getauft

worden. Aus diesem Grunde hatten die Eltern alle ihre Söhne um sich gesammelt. Die ältesten vier Knaben im Alter von 17 bis 10 Jahren unternahmen nach der Taufe eine Bootfahrt, von der sie nicht zurückkamen. Abends wurde das Boot gekentert aufgefunden.

Komitee zur Rettung von Mooney und Billings

Auf Einladung des Vorstandes der Internationalen Hilfs-Vereinigung (Berlin SW 88, Wilhelmstraße 135) versammelten sich in Berlin eine Reihe von Organisationen (Sozialistische Arbeiter-Partei, Antifaschistisches Kartell, Anarchistische Vereinigung Erich Mühsam, Freie Sozialistische Jugend, Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler, Deutsche Liga für Menschenrechte, Internationaler sozialistischer Kampfbund, Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Touristenverein „Die Naturfreunde“, Proletarische Klassenwehr, Kommunistische Partei (Opposition), Sozialistischer Schutzbund, Kommunistische Jugend (Opposition), Sozialistischer Jugend-Verband u. a.), um einen Bericht des Vorsitzenden der IHV, Jacob Schlör, über das furchtbare Schicksal der seit 15 Jahren unschuldig eingekerkerten amerikanischen (Gewerkschaftsführer Tom Mooney und Warren Billings entgegenzunehmen.

Sämtliche Organisationsvertreter und Gäste erkannten übereinstimmend die Notwendigkeit, daß dieser Fall grausamster Justizwillkür ganz besonders die Aufmerksamkeit aller menschlich und freiheitlich Gesinnten verdient und die Einleitung einer umfassenden Rettungsaktion erfordere.

Zu diesem Zweck wurde nach gründlicher Beratung ein „Komitee zur Rettung von Tom Mooney und Warren Billings“ geschaffen. (Durch Wort und Schrift will dieses Komitee eine umfassende Aufklärungskampagne durchführen.) Schon in nächster Zeit will das Komitee in großen öffentlichen Veranstaltungen vor die breite Öffentlichkeit treten, um eine großartige Propaganda für die Befreiung der Unschuldigen durchzuführen. I.H.V.

Fährunglück im Kaukasus

Moskau (über Kowno), 18. Mai 1932

Auf dem Fluß Kura im Kaukasus wurde eine dicht besetzte Fähre, die von heimkehrenden Arbeitern zum Ueberqueren des Flusses benutzt wurde, von dem durch Hochwasser stark angeschwollenen Strom abgetrieben und kenterte. 12 Personen ertranken.

Kunstflieger Graf Schaumburg tödlich verunglückt

Prag, 17. Mai 1932

Am Montag stürzte der Kunstflieger Graf Tassilo Schaumburg bei einer Flugvorführung in der Nähe von Prag ab. Er wurde schwer verletzt aus den Trümmern seines Flugzeuges geborgen. Kurz darauf ist er gestorben.

Amokläufer tötet drei Personen

London, 17. Mai 1932

In einem Küstendorf bei Mombassa in Ostafrika tötete ein eingeborener Amokläufer mit einem Messer drei Personen und verletzte sieben schwer. Der Eingeborene hatte zuerst einen Streit mit seiner Frau, raste dann plötzlich die Dorfstraße hinunter und hieb mit seinem Messer auf die anderen Eingeborenen ein, die in wilder Panik flüchteten.

Das Alter der Erde

Von Edmund Finke

(Fortsetzung und Schluß.)

Unter Berücksichtigung aller bisherigen geologischen Forschungsergebnisse kann das Alter der Erde mit etlichen Zehnern von Jahrmillionen angesetzt werden, niemals aber mit Hunderten oder Tausenden von Jahrmillionen. Alluvium, Diluvium und Tertiär zusammen gerechnet verhalten sich zu Kreide plus Jura plus Trias wie 1:5. Die drei letztgenannten Zeitalter zum Erdaltertum wie 5:12. Wird nach den Forschungsberichten die Erdneuzeit mit 5 Millionen Jahren angegeben, betrüge demnach die Spanne Kreide-Trias, das Erdmittelalter 25 Millionen, das Erdaltertum 60 Millionen, die Gesamtzeit vom Beginn des Erdaltertums mithin 90 Millionen Jahre.

Soweit die Forschungsergebnisse des Geologen. Sie stimmen, wie aus dem Folgenden zu ersehen ist, mit jenen der Astrophysiker gar nicht oder nur wenig überein, da dieser, der sich mit den Naturgesetzen innerhalb des gesamten Weltraums beschäftigt, alle Zeiten in Betracht zieht, die seit der hypothetischen Lösung der Erde von der Sonne (nach der Gezeitentheorie infolge Annäherung eines fremden Sterns an unser Zentralgestirn) überhaupt vergangen sind.

Der Astrophysiker setzt das Gesamtalter

der Erde mit 2000 Millionen Jahren fest. Das Leben ist 300 Millionen Jahre, der Mensch 300 000 Jahre alt. Die astronomische Wissenschaft hat vor 3000 Jahren begonnen, den Geist des über seine Grenzen hinausstrebenden Menschen zu beschäftigen. Aber erst vor 300 Jahren hat die Optik der Astronomie das Teleskop zur Verfügung gestellt, das eine gründliche Durchforschung des Himmelsraumes gestattet.

Die oben dargelegten geologischen Forschungsergebnisse sind nach den Einwänden der Astrophysiker deshalb unzuverlässig, weil, wie sie ganz richtig sagen, „das geologische Stundenglas“ unter dem Mangel aller Stundengläser leidet: es fehlt die Gewähr, daß der Sand immer unter denselben Verhältnissen mit der gleichen Geschwindigkeit abgelaufen ist. Eine einfache Ueberlegung läßt diesen Einwand berechtigt erscheinen: In Aegypten (Memphis) hat sich der Erdboden alle 400 bis 500 Jahre um 30 Zentimeter erhöht. Man muß zwei Meter tief graben, um auf den Erdboden des Aegyptens unter Ramses II. zu stoßen, der vor 3000 Jahren regierte. Hingegen entfallen in Nordamerika 8600, in England 3000 Jahre auf 30 Zentimeter Abtragungs- bzw. Ablagerungshöhe. Es ergeben sich also ungeheure Differenzen bei Berechnung des Alters der

Erde nach geologischen Argumenten. Der Astrophysiker verwendet daher zu dieser Berechnung den Zerfall radioaktiver Atome, ein Uhrsystem, das nach der bestehenden physikalischen Gesetzmäßigkeit des Vorgangs in allen Erdperioden nicht um eine Sekunde von seinem regelmäßigen Gange abgewichen ist.

Der Zerfallsprozeß einer Unze Uran in 0,865 Unzen Blei und 0,135 Unzen Helium läßt sich zeitlich genau festlegen. Vorausgeschickt sei, daß gewöhnliches Blei sich vom Zerfallsprodukt des Urans deutlich unterscheidet. Uran ist von der Entstehung der Erde an selbstverständlich in ihr enthalten gewesen. Als sich die Erdkruste bildete, begann der Zerfallsprozeß.

Eine Unze Uran zerfällt in 100 Millionen Jahren in 0,985 Unzen Helium und 0,013 Unzen Blei.

Eine Unze Blei zerfällt in 3000 Millionen Jahren in 0,646 Unzen Helium und 0,306 Unzen Blei.

Diese radioaktive Uhr gibt nun das Alter der Erde mit 1400 Millionen Jahren an.

P. W. A. S. T. O. N., ein englischer Physiker, hat kürzlich ein neues Isotop (an gleicher Stelle

der Atomnummer, doch mit unterschiedlichem Atomgewicht bestehendes) Uran entdeckt, das andere Zerfallsperioden aufweist. Nach diesen hat Rutherford das Alter der Erde auf weniger als 3400 Millionen Jahre berechnet. Im Mittel sind also am besten 2000 Millionen Jahre seit Bildung der Erdkruste anzunehmen. Außer diesen Methoden gibt es noch rein astronomische, um die Zeit seit Entstehung des Sonnensystems zu bestimmen. Die Veränderungen der Bahnen der Planeten und Satelliten gehen nicht gleichmäßig vor sich, sondern werden durch bekannte Gesetze bestimmt, so daß der Mathematiker das Zeitmaß, in dem unter vergangenen Verhältnissen Veränderungen eintraten, berechnen und die hierzu nötige Zeit ableiten kann. R. Jeffreys hat das Alter des Sonnensystems berechnet: a) nach der Merkurbahn auf etwa 10 000 Millionen Jahre, b) nach der Mondbahn auf etwa 4000 Millionen Jahre.

Das Alter der Sterne wird roh nach folgenden Argumenten berechnet: Ein Trillionen Tonnen wiegender Stern (über das Wägen der Sterne ein andermal) bewegt sich naturgemäß mit einer Geschwindigkeit von 1 600 000 Stundenkilometer durch den Raum. Der Mathematiker berechnet aus Gewicht und relativen Sternentfernungen, daß die gegenseitige Beeinflussung der Sterne durch ihre Schwerkraft Billionen von Jahre gedauert haben muß, und zwar in diesem Falle fünf bis zehn Billionen Jahre. So alt sind durchschnittlich die Sterne.

Notverordnungen beeinträchtigen Nürnbergs Gesundheitspflege

Sportschau der SAZ

Pfingstsport in Hessen-Mittelrhein

Trotz der plötzlich eingetretenen Sommerhitze war das Sportprogramm des 9. Kreises außerordentlich reichhaltig. Neben zahlreichen Spielen mit Bräuderverein angezogener Kreise fanden auch einige spannende Lokalkämpfe statt.

Fußball

Mannheim-Hessheim, eine Spitzengemeinschaft des 10. Kreises, mußte sich Frankfurt-Beckenheim mit 1:4 10. Kreises beugen. Besiegt jedoch Frankfurt-Fraunheim verdient. Besiegt jedoch Frankfurt-Fraunheim verdient. Besiegt jedoch Frankfurt-Fraunheim verdient.

Weitere Ergebnisse: Mainz-Heimstätten - Colonia Köln 4:1. Mainz-Gonsheim - Stuttgart-Zulzenhausen 1:2. Trier - Stuttgart-Zulzenhausen 1:2. Kellertbach - Pfaff-Schweinfurt 2:0. Würzburg-Hochberg - Frankfurt-Rödelheim 5:5. Verlach (B) - Frankfurt-Rödelheim 3:2. Mainz-Heimstätten - FTG Pfungstadt 2:2. Bad Nauheim - Ditzingen 1919 1:1. Langandebich-Uberach 1919 2:1. Ditzingen - Vordamm-Neuland 3:4. Zimmern 5:2. Wiesloch-Kirchzorn-Pfungstadt-FHR Gr.-Zimmern 4:3. Oberrodach-Münster 3:1. Groß-Bersel-Gießen 3:4. Schwabhausen-Oberrodach 1:0. Michelstadt-Kilian-Lütten 2:3.

In den Auslastungsspielen (A 1 und A 2) zur Kreisklasse schlug Frankfurt-Niederrodach den Meister des 5. Bezirks, Rutenheim, mit 6:1 überlegen.

Handball

Der süddeutsche Meister Pfeddersheim hatte Mühe, gegen Arheilgen mit 9:7 und gegen Oberrodach mit 5:3 zu bestehen. Stuttgart-Waiblingen, Meister des 8. Kreises, verlor in Darmstadt-Hausbach mit 3:17 und in Arheilgen mit 7:10. Auch der Fr. T. Kassel (A 1, III) erging es nicht besser; bei Frankfurt-Nord wurde 6:9, in Offenbach gar 1:10 verloren. Weitere Ergebnisse: Sulzbach (I) - Ottweiler 9:6. Ober-Ramstadt-Ottweiler 2:7. Mühlheim-Weinheim 7:6. Borsweiler-Bensheim 7:8. Fiebig-Frankfurt-Sachsenhausen 9:4. Ronsheim-Dietheim 6:12. Eberstadt-Dreieichenhain 6:4. Dietheim - Gr.-Biebrach 10:0. Eppstein-FTG, Mainz 4:0.

Freie Turnerschaft Nord Frankfurt a. M. Samstag, 21. Mai, 17 Uhr, Sportplatz Roseggerstraße: Fußball Nord-VB. Oberrodach 20 Uhr bei Ritz (Pfungstadt) Quartalsversammlung. Sonntag, 22. Mai, 14 Uhr, Sportplatz Roseggerstraße: Tag des Kindes (Wettkämpfe in allen Sportarten (Turnen, Leichtathletik Hand- und Fußballspiele), Sprache- und Bewegungschor).

Der SJV greift auf Die Schwere der Situation, in der sich die Arbeiterklasse befindet, erfordert auch von den Organisationen der proletarischen Jugend stärkere Aktivität. Der SJV Nürnberg hält deshalb eine Reihe öffentlicher Distrikts-Jugendversammlungen ab. 6 Neuaufnahmen, zum Teil Übertritte von der SAJ, sind der bisherige, wenn auch kleine Erfolg. Der SJV wird seine Arbeit fortsetzen, wenn auch die SPD glaubt, daß sie ihm, wie im Stadtteil Johannis, die Versammlungslokale abtreiben muß. Er wird auch weiterhin an die Mitglieder der SAJ herantreten, trotz der sorgfältigen Behütung durch die Herren in der Ziegelgasse. Auch die kommunistische Jugend knickt, wo sie nur kann. Trotz Zusage des Erscheinens hat sie es vorgezogen, die SJV-Versammlungen zu meiden. Die kommunistischen Jugendgenossen haben Angst vor den positiven Vorschlägen zur gemeinsamen Aktion mit dem SJV, die sie gegen ihren eigenen Willen auf Befehl der Bezirksleitung ablehnen müssen. Auch die Übergetretenen, die in der kommunistischen „Neuen Zeitung“ einen Appell an die proletarische Jugend brachten, in dem sie zum Eintritt in den KJVD aufforderten, sind nicht gekommen. Wir wollen als Entschuldigung annehmen, daß sie inzwischen unser ihnen zugesandtes Programm gelesen haben und ihre Meinung über die „Platzheften“ revidiert haben. Da dieser Appell wahrscheinlich die Runde durch andere kommunistische Zeitungen macht, ist es interessant, noch zu erwähnen, daß von den 9 Unterzeichnern drei überhaupt noch nicht Mitglied des SJV waren, daß weitere vier ausgeschlossen wurden, weil nach ihrem eigenen Geständnis ihre Aufgabe darin bestand, den SJV zu „liquidieren“, interessant ist auch die Stellung der SAJ zum Arbeitsdienst nach dem Verrat ihres Reichsausschusses. Sie lautet: „Arbeitsdienstpflicht lehnen wir ab, der freiwillige Arbeitsdienst kommt nicht.“ Das zu sagen, bringen Führer einer politischen Jugendorganisation fertig, angesichts der beginnenden Verwirklichung der reaktionären Pläne! Dem reißt sich an die Zustimmung der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Antrag, der die versuchsweise Einführung des Religionsunterrichts an den Berufsbildungsschulen verlangt. — Dem SJV Nürnberg sind in der reformistischen Hochburg eine Masse Aufgaben gestellt. Er wird sie mit dem revolutionären Proletariat zu lösen wissen.

Stuttgart

Eine Sitzung der erweiterten Bezirksleitung der SAP Württemberg, der Genosse Fritz Rück, Berlin, beiwohnte, nahm gegen eine Stimme folgende Entscheidung an: „Die erweiterte Bezirksleitung hat sich nach eingehender Aussprache über die von Rück und anderen Genossen vertretenen politischen Grundsätze und Aufgaben für eine revolutionäre Partei zu demselben Standpunkt wie Rück bekannt. Nach der freiwilligen Einstellung der Herausgabe der „Generalin“ muß den oppositionellen Genossen die Möglichkeit zur Vertretung ihrer Auffassung innerhalb der Partei, sowohl als Referenten wie auch als Mitarbeiter in der Parteipresse, garantiert werden.“

Frankfurt a. M.

Den städtischen Arbeitern soll der Hungerriemen noch straffer angezogen werden. Vor einigen Tagen schrieben wir über einen Lohnabbau für die Gemeindegewerkschaften. Kaum ist er bewerkstelligt, scheint er dem Kommunalarbeitgeberverband noch nicht genügend; er fordert Neuregelung der Arbeitszeit und Einführung des Krümpersystems in den städtischen Betrieben. Als Begründung gibt er an, es seien 119 Gemeindegewerkschaften überflüssig. Zu dieser Forderung nahmen die Funktionäre der Gewerkschaften Stellung. Verbandssekretär Meißner glaubte in seiner Rede den Funktionären klar machen zu müssen, daß seit der letzten Arbeitszeitverkürzung der Gemeindegewerkschaften von 48 auf 44 Stunden pro Woche keinerlei Personalabbau mehr stattgefunden habe. Die 420 Arbeiter, welche damals zur Entlassung standen, seien noch heute in den Betrieben. (Fragen mußte man Meißner, wieso es denn kommt, daß der Bestand von 12 000 Arbeitern im Jahre 1930 auf 8700 Arbeiter im Jahre 1932 gefallen ist!) Meißner strengte sich in seinen weiteren Ausführungen außerordentlich an, um den Funktionären durch allerhand Rechenkunststücke plausibel zu machen, daß man den Vorschlag der Arbeitgeber, das Krümpersystem einzuführen, doch ruhig annehmen könne, da sonst 119 Arbeiter entlassen würden. Er errechnete, daß die Gemeindegewerkschaft ein Vierteljahr arbeiten und danach 14 Tage stempeln sollten. Für dieses 14tägige Aussetzen würden vom Arbeitsamt 50% der jeweiligen Arbeitszeit der städtischen Arbeiter würde also von 45 Stunden auf 40,6 Stunden pro Woche reduziert. Meißner versuchte, den Funktionären die Sache dadurch schmackhaft zu machen, daß er den Lohn von 40,6 Stunden wiedergab, dazu die 50% der Erwerbslosenunterstützung, welche noch stark in Frage gestellt sind, ferner die Bargeldvergütung für den Erholungsurlaub der Arbeiter. Außerdem rechnete er noch die Erwerbslosenunterstützung des Verbandes hinzu, wobei ihm trotz allem ein Minus von RM. 7,- pro Vierteljahr übrigblieb. Er glaubte, nicht direkt den Funktionären empfehlen zu können, das von ihm vorgeschlagene Krümpersystem anzunehmen, legte aber im gleichen Atemzug klar, man solle doch bedenken, daß 119 städtische Arbeiter zur Entlassung ständen. — In der Diskussion sprach Nees vom Gaswerk. Er führte aus, daß es ein Wehnsinn sei, noch weiter alle Lasten auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Es sei angebracht, endlich einmal Direktorengehälter, die heute noch 12 000 Mark

Eine bürgerliche Nürnberger Zeitung befaßt sich mit den Folgen des Notprogramms des Reichsinnenministeriums (welch ein zweideutiger Name!) für das Gesundheitswesen. Wir ersuchen aus den Mitteilungen des bürgerlichen Blattes neben anderem folgendes:

„Wir bleiben auf dem Gebiet der Schulzahnpflege noch unter den Ratschlägen des Notprogramms.“

Für das orthopädische Turnen, das ungemein großen Anklang findet und offensichtlich sehr segensreich ist, sind die Mittel zunächst nicht mehr aufzubringen. Es wird versucht, diese Einrichtung der Schulgesundheitspflege durch private Mittel zu erhalten.

„Recht einschneidend müssen die Einsparungen der Nürnberger Krüppelfürsorge zum Teil werden.“ Man wird alle Kranken, die nicht mehr arbeitsfähig gemacht werden können, aus der Fürsorge ausscheiden.

Die Tuberkulosebekämpfung hat schon bisher unter der Not gelitten und muß noch weiter eingeschränkt werden. Schon im letzten Jahr ist die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose, die in Nürnberg zeitweise stark herabgedrückt werden konnte, wieder gestiegen und ist weiter im Anstieg.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten muß gleichfalls eingeschränkt werden. In den letzten Jahren war die Zahl der an Lues (Syphilis) Erkrankten stark zurückgegangen. Nun muß man, um an der klinischen Behandlung zu sparen, „in reinen Verdachtsfällen auf lange Beobachtung verzichten“; das wird unweigerlich einen Anstieg der Zahl von Neuerkrankungen zur Folge haben.

Eine beträchtliche Einsparung mußte schließlich auf dem Gebiet der Bekämpfung

fung des Alkoholismus gemacht werden, indem man die städtische Beratungsstelle mit der von der Universität Erlangen unterhaltenen vereinigte.

Vorstehendes Sparprogramm umfaßt nur einen Teil der Einsparungen, die die Stadt Nürnberg auf dem Gebiet der Gesundheitspflege machen mußte. Gleichzeitig hat der bayerische Staat seine wüsten Ausgaben in diesem Etatposten von früher etwa 870 000 Mark halbiert!

Die Stadt Nürnberg, in deren Verwaltung die SPD sehr starken Einfluß hat, konnte in früheren Jahren ein ausgezeichnetes Gesundheitswesen aufbauen. Die Krise des Kapitalismus hat da einen Schlußpunkt gesetzt. Die gemeindefeindlichen Notverordnungen taten ein übriges. Auch das Schicksal der sozialdemokratischen Kommunalpolitik beweist, daß soziale Reformen im Interesse der Arbeiterklasse höchstens Erfolge haben in den Zeiten der besten Konjunktur, natürlich auch da nur unter dem Druck starker außerparlamentarischer Machtmittel der Arbeiterklasse, daß aber Reformismus sinnlos ist in Krisenzeiten. Um so mehr, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dieselben Notverordnungen toleriert, die der sozialdemokratischen Kommunalpolitik das Genick brechen. Die SPD, die durch ihre einstmalig brauchbare Kommunalpolitik noch 1930 40 Prozent der Stimmen buchen konnte, hat bei den Landtagswahlen nur noch 30 Prozent erhalten und verliert weiterhin Anhänger, leider größtenteils an die Fachlisten und die Indifferenz.

Das Beispiel vom Nürnberger Gesundheitswesen ist eine Mahnung mehr an das Proletariat, sich endlich freizumachen von reformistischen Illusionen!

und mehr betragen, auf mindestens 6000 Mark zu verringern. Das würde eine ganz gewaltige Besserung des Stadtsäckels bedeuten. Erk von der Straßenbahn erklärte ebenfalls, daß man jetzt endlich Schluß damit machen solle, den Klamen der Arbeiter anzuziehen. Man verspüre doch nicht, daß das Beamtenum ebenfalls vor derartige Forderungen gestellt würde, was es bei den Gemeindegewerkschaften der Fall sei. Wenn da Arbeitskräfte überflüssig würden, kämen sie nicht zur Entlassung, sondern würden in andere Betriebe verschoben. Schon heute habe man den städtischen Arbeitern 85 bis 40% am Lohn gekürzt. Es sei zwecklos, noch papierne Kämpfe zu führen. Man solle endlich einmal als Gewerkschaft wieder den Kampf aufnehmen, der ihr gebührt. Sekretär Meißner unterschob Erk, er hätte gesagt, er preiße auf Verträge. Durch Zwischenrufe wurde das widerlegt. Auf diese Zwischenrufe fiel Meißner aus der Rolle, blieb einen mordartigen Kasernenton und warf der Versammlung vor, daß man Sitzungen in der Arbeitszeit stattfinden lasse. Das erzeugte eine große Aufregung in der Versammlung. Der Betriebsratsvorsitzende Adolf stellte in einem Antrag fest, daß die 119 Gemeindegewerkschaften für sechs Monate bei mündlicher Zusage auf Wiedereinstellung jetzt zur Entlassung kommen sollten. Nachdem der Verbandsvorsitzende Schneider die gefährliche Situation der Versammlung erfaßt hatte, stellte er einen Antrag, man solle eine Kommission von 10 Mann bestimmen, die mit den zuständigen Instanzen verhandelt. Ein weiterer Antrag sagte folgendes: Die Beamten müßten gemeinschaftlich mit den Arbeitern durch Arbeitszeitverkürzung die 119 Gekündigten in ihrer Stellung halten. Ein vierter Antrag, der aller Auffassung nach der weitgehendste war, besagte, die Arbeiterschaft hätte schon genug Verschlechterungen hingenommen, sie lehne beides, Entlassung und Arbeitszeitverkürzung, ohne Lohnausgleich ab. Die Versammlungsleitung merkte, daß dieser Antrag zur Annahme gelangen könnte, und brachte es in demagogischer Weise fertig, die Versammlung so durcheinander zu reden, daß nicht über den letzten Antrag, sondern über den des Vorsitzenden abgestimmt wurde. Es wurde also eine Kommission zusammengesetzt, die mit den Instanzen zu verhandeln hat. — Wollen wir hoffen, daß die Verbandsleitung endlich einen energischen Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft führt.

Essen

In der Nacht zum Pfingstmontag wurde in Essen ein Lustmord verübt. Am Montag vormittag fand ein Kleingärtner in seiner Laube unweit des Bahnhofs Essen-Süd die Leiche einer etwa 30jährigen Frau. Die Ermittlungen der Mordkommission ergaben, daß wahrscheinlich Lustmord vorliegt. Der unbekannte Täter hat sein Opfer anscheinend zunächst mit einem Ziegelstein niedergeschlagen und ihm dann mehr als 10 Stichverletzungen an Brust, Hals und Kopf beigebracht. Die Tote hatte einen Knobel im Mund. Sie lag unter der Laubendecke mit Papier zugedeckt. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt worden.

Duisburg

In einer Parteimitgliederversammlung erstattete an Stelle des verhinderten Genossen Nouta Genosse Reichenbach, Düsseldorf, den Parteitagsbericht. Er ging besonders auf die vom Parteitag beschlossene Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm ein und betonte, daß Form und Inhalt dieser Willenskundgebungen von der unterschiedlichen politischen Auffassung innerhalb der SAP bestimmt seien. Die im Aktionsprogramm aufgestellten Forderungen seien nicht ausreichend. Wir fänden sie in sämtlichen Parteiprogrammen aller proletarischen Parteien, aber zur Auslösung von Klassenaktionen hätten sie nicht geführt. Die SAP jedoch sei in einer völlig anderen Situation entstanden, als die anderen Parteien, die auf ganz anderen ökonomischen Grundlagen beruhen, und folglich seien ihre Aufgaben auch andere. Um diese Erkenntnis in die Praxis umzusetzen, sei es notwendig, daß innerhalb der Partei ein einheitliches politisches Wollen vorhanden sei. Das könnten wir nur erreichen, wenn in der Partei weitestgehend Demokratie herrschte, damit die Diskussionen über das Für und Wider ungehemmt geführt werden können. Mit dem Bericht wurde eine aus der Versammlung eingebrachte Resolution zur Diskussion gestellt, die sich hinter die von den Genossen Rück, Schaber und Düby vertretenen Auffassungen stellte. Sie wurde nach längerer Aussprache mit zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt. — Der dann erstattete Kassenbericht vom ersten Quartal zeigte die finanziellen Verhältnisse des Ortsvereins in einem nicht gerade rosigen Licht. Jedoch sind die ersten Ansätze einer Besserung vorhanden. — Weiter wurden noch Ergänzungswahlen zum Ortsvereinsvorstand vorgenommen. Sie hatten folgendes Ergebnis: 2. Vorsitzender Genosse Kalthoff, Presseberichterstatter Genosse Landmann, Gewerkschaften Genosse Duwald und Bearbeitung der Außenbezirke Genosse Kuhn.

Wer kauft die Hitlerpresse? Im „General-Anzeiger“ wird das hiesige Naziblatt zum Preise von 25 000 M. zum Verkauf angeboten.

Köln

Anfang voriger Woche wurden der Geschäftsführer und der Buchhalter einer Kölner Großgaststätte unter dem Verdacht der Unterschlagungen in Höhe von 30 000 Mark festgenommen. Der Vernehmungsrichter ordnete die Freilassung der Beschuldigten an. Die Staatsanwaltschaft verfügte jedoch erneut ihre Verhaftung, da sich die Beschuldigten nach den Bekundungen des Besitzers der Gaststätte weitere Veruntreuungen haben zuschulden kommen lassen, deren Höhe auf 120 000 Mark beziffert werden, so daß der Gaststätte also ein Schaden von 150 000 Mark entstanden sein soll. Der Geschäftsführer genöß bei dem Inhaber großes Vertrauen. Die Beschuldigten bestreiten, sich in dieser Höhe der Unterschlagungen schuldig gemacht zu haben. Die kriminalpolizeilichen Untersuchungen sind noch im Gange.

Essen

In der Nacht zum Pfingstmontag wurde in Essen ein Lustmord verübt. Am Montag vormittag fand ein Kleingärtner in seiner Laube unweit des Bahnhofs Essen-Süd die Leiche einer etwa 30jährigen Frau. Die Ermittlungen der Mordkommission ergaben, daß wahrscheinlich Lustmord vorliegt. Der unbekannte Täter hat sein Opfer anscheinend zunächst mit einem Ziegelstein niedergeschlagen und ihm dann mehr als 10 Stichverletzungen an Brust, Hals und Kopf beigebracht. Die Tote hatte einen Knobel im Mund. Sie lag unter der Laubendecke mit Papier zugedeckt. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt worden.

Duisburg

In einer Parteimitgliederversammlung erstattete an Stelle des verhinderten Genossen Nouta Genosse Reichenbach, Düsseldorf, den Parteitagsbericht. Er ging besonders auf die vom Parteitag beschlossene Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm ein und betonte, daß Form und Inhalt dieser Willenskundgebungen von der unterschiedlichen politischen Auffassung innerhalb der SAP bestimmt seien. Die im Aktionsprogramm aufgestellten Forderungen seien nicht ausreichend. Wir fänden sie in sämtlichen Parteiprogrammen aller proletarischen Parteien, aber zur Auslösung von Klassenaktionen hätten sie nicht geführt. Die SAP jedoch sei in einer völlig anderen Situation entstanden, als die anderen Parteien, die auf ganz anderen ökonomischen Grundlagen beruhen, und folglich seien ihre Aufgaben auch andere. Um diese Erkenntnis in die Praxis umzusetzen, sei es notwendig, daß innerhalb der Partei ein einheitliches politisches Wollen vorhanden sei. Das könnten wir nur erreichen, wenn in der Partei weitestgehend Demokratie herrschte, damit die Diskussionen über das Für und Wider ungehemmt geführt werden können. Mit dem Bericht wurde eine aus der Versammlung eingebrachte Resolution zur Diskussion gestellt, die sich hinter die von den Genossen Rück, Schaber und Düby vertretenen Auffassungen stellte. Sie wurde nach längerer Aussprache mit zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt. — Der dann erstattete Kassenbericht vom ersten Quartal zeigte die finanziellen Verhältnisse des Ortsvereins in einem nicht gerade rosigen Licht. Jedoch sind die ersten Ansätze einer Besserung vorhanden. — Weiter wurden noch Ergänzungswahlen zum Ortsvereinsvorstand vorgenommen. Sie hatten folgendes Ergebnis: 2. Vorsitzender Genosse Kalthoff, Presseberichterstatter Genosse Landmann, Gewerkschaften Genosse Duwald und Bearbeitung der Außenbezirke Genosse Kuhn.

Zeltz

Der im Vorjahr neu angestellte Geschäftsführer am hiesigen Konsumverein, Hartmann, ist eifrigst bestrebt, sich in Gegensatz zur klassenbewußten Arbeiterschaft zu stellen. Bereits in der letzten Kulturkartellsitzung wurde die Art seiner Anstellung kritisiert. Dazu kam, daß er seine Kinder am Religionsunterricht teilnehmen läßt, obwohl am Ort eine weltliche Schule besteht, die zur Erhaltung und zum weiteren Ausbau der tatkräftigsten Unterstützung aller sozialistischen Arbeiter und Angestellten finden müßte. Ihm ist weiter unverständlich und „geschäftschädigend“, daß das Proletariat den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiert. Bereits im Vorjahr haben ja die Angestellten und Verkäuferinnen

am 1. Mai nachmittags gearbeitet. Dafür aber versendet er jetzt Rundschreiben an alle Arbeiterorganisationen, ihr Geld restlos im Konsum umzusetzen, eine Selbstverständlichkeit, der alle Stempelnden und im Fabrikbetrieb Stehenden wohl restlos nachkommen. Wie sieht es aber mit jenen aus, die Positionen, Ämter und Anstellungen bekleiden, zu denen ihnen die Arbeiterschaft vorholten hat? Wir könnten die Namen einer ganzen Reihe von SPD-Paradepferden veröffentlichen, deren Umsatz im Konsum, auch wenn er prozentual betrachtet wird, ganz verschwindend gering ist gegenüber dem der Arbeitslosen. Die Angestellten im Konsumverein und ihre Beteiligung in Arbeitersportorganisationen lassen auch noch viel zu wünschen übrig. Seitdem ein Teil der Konsumhändler der SAP als Mitglieder angehören, soll das Brot im Konsum klitschig sein; diese Weisheit verzapft unser lieber SPD-Stradtrat Dietrich mit dem nötigen Beiwerk auf den Straßen der Stadt. Hoffentlich erhält er davon keine Magonverkleisterung! —

Die Büchergilde veranstaltete im Tiergartenhof einen genauen Werbeabend, bei dem die Musikgruppe der Volkshochschule Musik und Gesang zu Gehör brachte. Das Beste des Abends aber bot Genosse Paul Münch, Leipzig, mit seinen Vorlesungen „Fröhliche Bilder aus der Schule von heute“. Mit wieviel Liebe, Humor und Freude er seine frohe Kinderschar für den harten Lebenskampf festigt, das brachte er an Hand von Beispielen in bereiten Worten zum Ausdruck. Ein Pädagoge, wie er jedem Schulkind zu wünschen wäre. Die Zuhörer geizten nicht mit Beifall. — Ein Wermutstropfen liegt aber trotzdem noch in der Veranstaltung. Wer als Stempelbruder mit leerem Portemonnaie und Magen die geistigen Delikatessen so verlockend vor seinem Auge aufgebaut sieht, dem kommt das trostlose Blend der Arbeiterklasse so richtig zum Bewußtsein. Die besser bemittelten Genossen und Mitglieder der Büchergilde dürfen, bei aller Anerkennung ihres geistigen Schaffens, sich dem Tageskampf des Proletariats noch weit mehr annehmen als bisher.

Organisationsnachrichten

SAP Düsseldorf: Bezirk Flüggen, Stadtmitt, Zoo: Sonntag, 22. 5., alle Genossen und Genossinnen 9 Uhr bei Häbner, Rethelstr. 63, IV, zur wichtigen Parteiarbeit. Wahlmaterial mitbringen. Jeder muß erscheinen. Montag, 23. 5., Erwerbslosenbesprechung 16 Uhr bei Engel, Garschamer Str. 126. Donnerstag, 26. 5., 4. Frauenschichttag bei Dübgen, Lindenstraße. Überblick nimmt teil. — Bildungskurse: Sonnabend, 21. Mai, 20 Uhr, im Lokal Dübgen, Lindenstr. 54, I, zentrale Bildungsveranstaltung. Thema: die gegenwärtige Lage des Faschismus. Ausspracheabend. Montag, 23. Mai, 20 Uhr, bei Katzenstein, Antoniusstr. 15: Das Räte-system. Ref.: Gen. Reichenbach. Dienstag, 24. Mai, 20 Uhr, bei Katzenstein, Referenten-Schulungskursus. Dienstag, 24. Mai, 20 Uhr, Oberkassel, bei Reichenbach, Pariser Str. 149. Politische Ökonomie. Ref.: Gen. Reinmuth. Donnerstag, 26. Mai, 20 Uhr, Gersheim, Lokal Hartmann, Politische Ökonomie. Ref.: Reichenbach. SJV Düsseldorf-Rath: Freitag, 26. Mai, 20 Uhr, Abend-spaziergang. Treffpunkt Zentrale. SJV und Kindergruppe Düsseldorf-Rath: Sonntag, 22. Mai, 17 Uhr, am Kreuzweg, zur Tagestour zum Rhein. Rucksackverpflegung und Badenanzug mitbringen. Arbeiter-Samariter-Bund E. V., Kolonne Düsseldorf: Samstag, 21. Mai, 19½ Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus mit Vortrag. Proletarisches Einheitskartell Dortmund: Samstag, 21. Mai, 19½ Uhr, im Lokal Sievers, Zimmerstraße, gemeinsame Mitgliederversammlung der Arbeiter- und Bauernpartei, KPDO und SAP. Genosse Hey (KPDO) spricht über „Unsere Aufgaben in der Gewerkschaft“. SAP und SJV Nürnberg: Mitgliederversammlung Freitag, 20. Mai, 20 Uhr, Gen. Rück spricht über „Die Generalin“ des Komplex unserer Partei.“ Rest. Merk, Prechtelgasse 16. — Gemeinsame Versammlung aller Freigewerkschaftler von KPD, SAP, SJV Samstag, 21. Mai, Rest. Merk, Prechtelgasse 16. Es sprechen je ein Genosse der KPD und SAP über aktuellste gewerkschaftliche Fragen.

Devaheim vor Gericht

Im kleinen Schwurgerichtssaal des Alten Kriminalgerichtsgebäudes in Moabit begann heute vor der 3. (Hilfs-)Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Jasper der mit Spannung erwartete große Devaheim-Prozess, der das Nachspiel zu dem Zusammenbruch des Devaheim-Konzerns im Sommer vorigen Jahres bringt.

Vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung bat Rechtsanwalt Dr. Mähring das Gericht, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob diese Große Strafkammer in diesem Fall auch zuständig sei. — Im Anschluß wiederholte Rechtsanwalt Bendix noch einmal den schon in der Voruntersuchung gestellten Antrag auf Stellung eines Offizialverteidigers für den Angeklagten Clausen, der völlig vermögenslos sei.

Das Gericht lehnte beide Anträge ab. Die Kammer sei zuständig, und für die Bestellung eines Offizialverteidigers für Clausen bestehe kein Anlaß. Rechtsanwalt Dr. Bendix verließ hierauf den Saal.

Dann wurde in die Feststellung der Personalien der Angeklagten eingetreten, die sämtlich nicht vorbestraft sind. Die jüngsten von ihnen sind Ernst Wilhelm Cremer mit 26 und Paul Jeppel mit 27 Jahren.

„Die Ursache des Zusammenbruchs im Frühjahr 1931, so führte der Vorsitzende aus, führt die Anklage zurück auf Fehlleistungen von Bauspargeldern,

auf betrügerische Handlungen der Vorstandsmitglieder und auf unbefugte Verwendung von Vermögenswerten des Konzerns bzw. des Zentralausschusses für Innere Mission für eigene Zwecke der Angeklagten.“

Dann begann die eigentliche Vernehmung der Angeklagten. Wilhelm Jeppel, der jetzt 40 Jahre alt ist, schildert außerordentlich geläufig und im Tone eines Propagandaredners, wie es auf Veranlassung des Landtagsabgeordneten Schluckebier 1928 zu einem Zusammengehen der Baugenossenschaft mit der Devaheim gekommen sei. Die Devaheim habe dann sehr bald einen großen Aufschwung genommen, weil nun die Landesverbände der Innere Mission ihre Werbekraft zur Verfügung stellten. Im allgemeinen seien für 8 Millionen Mark Schuldungsverträge abgeschlossen worden, so daß mit einem monatlichen Eingang von 700 000 Mark zu rechnen war, weil die Einzahlungen etwa 10 Prozent der Vertragssumme ausmachen mußten. Ende 1930 seien monatlich 1½ bis 2 Millionen Mark eingenommen worden. Jeppel war schließlich mit den Millionen nur so um sich, so daß sich Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eichholz zu dem Hinweis veranlaßt sah, daß diese Zahlen doch Trugschlüsse darstellten, denn mit jedem Neuaufschluß von Verträgen seien doch neue Verbindlichkeiten eingegangen worden.

Auf Verlangen des Vorsitzenden äußerte sich Jeppel dann kurz zum ersten Punkt der Anklage, der unzulässigen Verwendung zweckgebundener Gelder aus Bausparmitteln. Jeppel erklärte hierzu, daß tatsächlich am 1. April 1930 die Baugenossenschaft von der Devaheim 548 000 Mark erhalten hatte, daß davon aber nur 370 000 Mark zur Zuteilung gekommen wären, so daß die Baugenossenschaft der

Devaheim noch 170 000 Mark schuldet. Irgend etwas Unzulässiges habe er in dieser Tatsache nicht erblickt.

Zu diesem Zweck wurde auch gleich Pastor Cremer gehört, der erst einen kurzen Abriss seines Lebenslaufes gab. Er sei in den Jahren 1893—1896 zunächst Geschäftsführer der Inneren Mission gewesen, dann 1896—1926 Hauptgeschäftsführer des Evangelischen kirchlichen Hilfsvereins und der Evangelischen Frauenblinde in Berlin. 1926 sei er aus dieser Stellung ausgeschieden, weil er sich pensionieren ließ und habe dann nur noch für den Zentralausschuß gearbeitet, der die Gesamtvertretung der Evangelischen Liebestätigkeit nach allen Richtungen hin dargestellt habe und sich auf eine Organisation im ganzen Reich stützte.

Dann gab Pastor Cremer in sichtlich innerer Erregung eine längere Erklärung ab, in der er u. a. mit Pathos beteuerte:

„Ich erkläre gegenüber den gegen mich erhobenen Anschuldigungen, daß ich völlig unschuldig bin. Ich habe 40 Jahre im Dienst der Wohlfahrtspflege gestanden und habe auch in dieser Zeit nicht ganz wenige wirtschaftliche Unternehmen ins Leben gerufen. Ich habe dabei niemals persönliche Vorteile gehabt, und ich habe auch bei meinen Vorgesetzten sowohl wie bei meinen Mitarbeitern das Vertrauen besessen, daß ich nicht für meine eigene Tasche etwas unternehmen oder auch einen eigenen Vorteil zu erhalten suchte. Ich habe meine ganze Lebensarbeit als einen Dienst für die evangelische Kirche angesehen.“

Die Verhandlung wandte sich dann dem Fall

„Sanatorium Koblenz“

zu. Pfarrer Cremer erklärte hierzu, daß er durch Freunde davon gehört hätte, daß ein Doktor Becker für ein neues Hellverfahren ein Sanatorium in Koblenz gründen und dafür die Räumlichkeiten des ehemaligen Korpslazarets erwerben wollte. Da die Devaheim damals aus den Gewinnen der Deuzag 100 000 Mark zu erwarten hatte, hatte Jeppel für das Sanatorium 30 000 Mark gegeben.

Vors.: „Woraus sind denn diese Gewinne?“

Cremer: „Aus den Verwaltungszuschlägen, die 1 Prozent der Abschlußsumme ausmachen. Auf diese Art und Weise waren in vier Monaten 236 000 Mark Gewinn entstanden.“

Staatsanwalt: „Diese 236 000 Mark sind doch kein einfacher Verdienst, sondern dienten für die Verwaltungskosten.“

Pastor Cremer schilderte dann weiter, wie man schließlich aus verschiedenen Gründen eine gemeinnützige Sanatorium-G. m. b. H. in Koblenz gegründet habe, an der er sich beteiligt habe. Er habe ursprünglich die Absicht gehabt, als Treuhänder für eine von ihm vertretene Gesellschaft aufzutreten. Das sei aber nicht möglich gewesen und deshalb habe er sich privat beteiligt, aber in der Absicht, daß er diese private Tätigkeit nur vorübergehend ausüben wollte und daß später entweder die Hospiz-Gesellschaft oder die Deuzag sich an dem Sanatorium beteiligen sollten.

Staatsanwalt: „Haben Sie einer

Ihrer Gesellschaften von der Beteiligung Kenntnis gegeben?“

Cremer: „Nein.“

Staatsanwalt: „Also haben Sie die Anteile für sich selbst genommen.“

Vors.: „Wir kommen jetzt zu den Schweigegeldern, die an Clausen und auch andere Personen gezahlt worden sind.“

Jeppel: „Gegen Clausen, der die Auslandsreise der Inneren Mission bearbeitete, waren Ende 1929 schwere Vorwürfe erhoben worden, und zwar sollte er

eine Million unterschlagen

haben. Gegen diese Anschuldigungen wehrte sich Clausen, indem er alle möglichen Personen in der Öffentlichkeit angriff. Dazu kam noch, daß im „Berliner Herold“ Veröffentlichungen über die Devaheim erfolgten. Daraus ergab sich eine große Gefahr für die Werbetätigkeit und, weil Cremer nicht zurücktreten wollte, habe ich Clausen erst 50 000, dann 70 000 Mark gegeben, damit er

auscheiden und die Aretz-Bausdorf-A.G. gründen konnte. Aus dem gleichen Grunde habe ich dem Bürovorsteher des Rechtsanwalts Dr. Frey 4000 Mark gegeben, damit er beim Herold weitere Veröffentlichungen unterbinde. Ebenso sind 22 000 Mark an den „Industrie-Courier“ gegeben worden, damit die dort angelegten Veröffentlichungen unterbleiben. Das ist aber zwecklos gewesen, denn die Herren haben ihre Erpressungen an die Gesellschaften selbst fortgesetzt. (Bewegung). Alles, was ich getan habe, geschah nur, um die Veröffentlichung dieser Schmutzartikel zu verhindern. Was ich getan habe, geschah im Interesse der evangelischen Kirche.“

Ebenso erklärten Jeppel und Cremer, daß sie sich für berechtigt gehalten hätten, aus Gewinnen der Deuzag dem Pfarrer Klicsch 20 000 Mark zum Erwerb der „Täglichen Rundschau“ für den Christlich-Sozialen Volksdienst zu geben, was ihnen die Anklage als unzulässig vorwirft. Außerdem sollte das Blatt für die Devaheim Propaganda machen.

Nicht vorwärts gekommen!

Die Bilanz der französischen Wahlen für die Arbeiterbewegung wird in einem Aufsatz von A. Rossi in der von Barbusse herausgegebenen Zeitschrift „Mondo“ gezogen. Die Bilanz ist keine erfreuliche. Von der „Linken“-Wendung in Frankreich ist nur ein geringer Teil der Arbeiterbewegung zugute gekommen. Was die Sozialisten um die neugegründete Partei der proletarischen Einheit (P.U.P.) gewonnen, verloren die Kommunisten! Ihre Taktik, auch im zweiten Wahlgang ihre aussichtslosen Kandidaten gegen andere Arbeiterkandidaten aufrecht zu erhalten, der letzte Abschnitt einer ultralinken Gesamtpolitik hat sie selbst schwer getroffen. Er hat weiter der ganzen Klasse beträchtlichen Schaden zugefügt und in nachweislich zehn Bezirken einen Reaktionskörper gegen Reformisten oder gar Linkssozialisten zum Mundt verholten. Zweifelloserweise kein Ergebnis, das der Verbreitung der revolutionären Auffassung günstig sein könnte. A. Rossi stellt in seinem Aufsatz die Frage: „Welches ist der Erfolg für die Arbeiterklasse?“ Hier seine Antwort:

„Ehe man diese Frage zu beantworten versucht, besehen wir einmal die Stimmenszahl der Parteien, die sich zur Arbeiterklasse bekennen seit 1914

Partei	1914	1928
Vereinigte Sozialistische Partei ...	1 408 114	1 069 884
Kommunisten	1 069 884	1 708 222
Sozialisten (SFIO)	1 708 222	2 775 606
Kommunisten	774 068	80 000
P. U. P. und Kommunistische Dissidenten etwa	80 000	1 943 360
Sozialisten	1 943 360	2 798 328

Die Resultate für 1932 müssen noch überprüft werden. Aber viel wird sich daran nicht ändern. Man muß also feststellen, daß sich

1928 und 1932 die Gesamtzahl der Stimmen für die Arbeiterparteien sich kaum geändert hat und daß der „Linksruck“, was die Stimmzahl betrifft, hauptsächlich den Radikalen (der Herriot-Partei) zugute kam.

Das heißt, daß die miteinander hadernden Sozialisten und Kommunisten immer nur die gleichen Teile der Arbeiterklasse und der Mittelschichten bei sich haben und daß ein wichtiger Teil der Klasse und ein noch wichtiger Teil des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums von ihnen nicht erreicht wird. Die Spaltung der Arbeiterklasse hat ihre Anziehungskraft und ihre führende Rolle geschwächt. Der klombürgerliche Radikalismus der Herriot-Leute spielt dabei in Frankreich eine ähnliche Rolle als Gegenkraft wie der Nationalismus in Deutschland.

Wenn wir annehmen würden, die Sozialisten beteiligen sich an der Regierung, so würde ihr dieser Fehler einige hunderttausend Stimmen kosten, einige davon würden die Kommunisten gewinnen, aber die Arbeiterklasse würde im ganzen geschwächt. Nicht nur in ihren Organisationen, sondern auch in ihrem Einfluß auf die Mittelschichten. Diese würde den Mittelparteien und dann dem Einfluß der großen Bourgeoisie unterliegen!

In dem Aufsatz wird weiter dargelegt, daß die Partei der proletarischen Einheit (die französische SAP) acht Mandate gewonnen hat, vier weitere Mandate sind kommunistische Dissidenten. Zur Wahl der Genossen der P. U. P. müssen zahlreiche frühere kommunistische Wähler beigetragen haben. Ein hoffnungsvolles Symptom der revolutionären Erneuerung der Arbeiterbewegung auch in Frankreich.

Generalstreik in Sao Paulo

TU. Rio de Janeiro, 18. Mai 1932

In Sao Paulo ist eine große Streikbewegung ausgebrochen. Der Streik wurde zunächst von den Eisenbahnern eröffnet. Dann schlossen sich die Kellner und Hotelarbeiter und später die Schuhmacher, Bäcker und Textilarbeiter an. Sämtliche Hotels, Kaffees und Bars sind geschlossen und werden von berittener Infanterie und Polizisten bewacht.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

11. Fortsetzung

Aber da ist Friedel. Der meint es gut. Abends steht er meist vor der Haustür, wenn Hans müde und verzagt nach Hause kommt.

„Na, Hanne ...“
Zwei Worte, aber ein freundlicher Ton. Friedel hebt die Arbeit nicht mehr, aber er hat doch inzwischen vor dem arbeitenden Hans Schulze so etwas wie Respekt gekriegt.

Dann stehen die beiden Jungen noch eine Weile vor der Haustür und Friedel erzählt. Er hat es mit den Mädels und redete sehr gern von ihnen. Die sind alle nur zu so was da. Und ob Hans noch nicht ...?

Was noch nicht ...?
Menschenskind, da lache ick.“
Noch nicht ...?

Nach dem Essen stehen die beiden jetzt häufiger vor der Tür. Hans will eigentlich nicht, aber was soll er denn oben? Vater ist zur Partei oder zur Gewerkschaft.

Mutter ist müde. Sie nicht gern etwas im Stuhl, wenn sie von der Arbeit kommt. Lissi ist nicht viel da. Es spricht niemand mit ihm. Es wird überhaupt nicht viel gesprochen zu Hause. Ida schläft schon um neun. Und was sollte man mit der auch erzählen?

Hans steht also an der Tür und hört zu. Wie das so einget, wenn Friedel loslegt. Da drüben die dicke Käse Fuß und die Inge Horn. Ach, neulich war er mit der Inge erst im Kino, ein knalliges Stück, dann hinterher im Friedrichshain. Mensch, Mensch ... Erst

wollte sie ja nicht, na, da hab ick ihr jehzelt, was los is ... Junge, Junge, ist die jetzt scharf!“

„Kannst se kriegen, wenn de willst“, verspricht er großmütig. ... Die geht ran ...“

Hans hört zu. Er will mit Friedel mal losgehen. Er will, natürlich will er mal mit. Das geht da drinnen so alles mit ihm durch. Mit dem Mädle im Friedrichshain ... Hans kann nicht mehr. Da ist wieder das verdammte süße ekelhafte Gefühl. Los ... los ...
Wenn jetzt ein Mädle käme ... der Hausflur ist dunkel ...

Da gehen zwei Männer an ihnen vorbei, verschwinden im Flur. Friedel stößt ihn an, kichert: „Da, zwee Kavalere für die Nutten dahinten.“ Friedel hat Zeit, er kennt die Stammkundschaft von denen im ersten Hof ganz genau.

Hans ist wie von Verstand.
Der andere merkt das Feuerchen, das er da angefaßt hat und erzählt mit Vergnügen: „Aber nich zu den Nutten“, warnt er, „haben wir ooch nich neetig.“

Hans geht die Treppe hinauf. Vor der Tür im ersten Stock horcht er. Dunkel ist es. Er hört nichts. Da hineingehen können ... Was man da so erleben könnte. Einmal nur ... ein einziges Mal ...

Dann geht wieder eine Woche herum und wieder eine. Ein Monat und noch ein Monat. Das Gericht will jetzt wissen, ob er den Schaden gutgemacht hat. Den Schaden gutgemacht ...

Achtzehn Mark Wochenlohn ...
Die Joppe ist jetzt bezahlt. Was soll er denn an Friedländer & Co. bezahlen? Das Gericht will Quittung sehen. Dann kommt das Jugendaat. Er soll zur Sprechstunde kommen, abends um sieben. Aus dem Geschäft muß er heute natürlich früher gehen ... Und der Chef darf doch nichts merken ...

Im Jugendaat, Zimmer dreihundertfünf, zweiter Stock, rechts herum, sitzt ein junger Fürsorger.

Vor der Tür sitzen sieben, acht Jungen. Alle warten.

„Ach so, ja, Hans Schulze. N'Abend. Setzen Sie sich. Viel zu tun jetzt, was? Was verdienen Sie? Was machen Sie in der Freizeit? Nicht in einem Verein? Keine Lust? Müßten mal 'n bißchen Sport treiben, oder wandern. Mal sehen ... Werde mich mal um Sie kümmern ... Schutzaufsicht ... Keine Dummetaten machen ... Wiederkommen ... Sprechstunden dann und dann.“

Ein netter Herr, empfindet Hans, nur etwas ältig. Und nervös. Soll wohl so sein: vor der Tür saßen sieben, acht Jungen ...

„Wir haben andere Sachen.“ Hans denkt daran, was der Herr vom Jugendaat damals der Mutter gesagt hat.

„Paß uff ... Fürsorge“, warnt Friedel, dem er die Sache erzählt.

Hans hört nichts mehr vom Jugendaat. Eine Woche und noch ein paar Wochen.

Am Freitag abend geht er mit Friedel los. Zwei Mark Taschengeld klimpern im Sack. Friedel hat Wort gehalten. An der Ecke steht Inge Horn mit einer Freundin. Inge soll für Hans sein. Friedel will sich um die Freundin bemühen. „Nur ran, Junge, immer feste ...“

Hans ist anfangs eine Weile, eine kleine Welle schüchtern. Inge, sechszehnjährig, mächtig ausgelegt, hilft ihm schnell drüber weg ...

„Wat denn, wat denn ... tu man nich so ...“, weist sie ihr Freund Friedel an.

„Och, ihr ollen Bengels“, ziert sich Inge.

Inge weiß Bescheid. Mit der Freundin wird Friedel fertig. Die muß auch erst warm gemacht werden. Sie gehen natürlich zum Kino. Was da geschieht, sieht Hans kaum ...

Er sucht auch im Dunkeln seine Nachbarin, die begehrt dem Spiel folgt. Mal seufzt sie. Ihr Arm liegt auf der Lehne, berührt Hans. Schauer überjagen den Jungen. Lohse tastet er nach. Mit dem Arm, mit der Hand. Jetzt liegt sie in ihrem Schoß ...

Es wird Licht. Hans hat einen roten Kopf ...

„Heiß, nich?“
Sonst nichts, sie sieht ihn an. Ihr Auge

schillert, lockt, reißt Hans hin. Himmel, Himmel ...

Denn gehen sie Arm in Arm über die Straße. Da ist der Platz.

Die paar Bänke sind längst besetzt. Hans merkt, daß Friedel zurückgeblieben ist. Er steht auf dem Weg, hat das Mädchen umschlungen, fest an sich gelehnt. Inge ist nicht eifersüchtig. Sie sieht Hans immer an ...

Heute so, morgen so ...
Hans entschließt sich dazu, etwas Entscheidendes zu sagen. Es soll fersich und erfahren sein, aber es kommt nur ein leise gestammeltes: „Ich liebe dich ...“ heraus.

Inge quitiert lachend, gurrend. Hans will noch was sagen. Was denn nur? ... Er sieht Lissi, wie sie sich wäscht. Da ist Lilli, das Mädchen vom Wedding. Wenn die tanzt, wippen ihre Brüste, und so weißes Fleisch hatte sie ...

Hans hat den Arm um Inge geschlungen. Er krallt sich fest. Verzweifelt stöhnt er. Inge lächelt geschmeichelt. Hans sieht das und kommt von Sinnen. Er preßt das Mädchen noch mehr an sich und spürt ihre Wärme.

Friedel kommt mit seinem Mädchen: „Hier is ja nisch los ...“

Sie gehen weiter. Hans ist glühend heiß ... Ein Neubau. Ein paar Fuhrwerke stehen herum. Da ist ein bergendes Dunkel. Hier steht Friedel. Da steht Hans. Niemand kommt. Hans kann nicht mehr.

Inge sieht ihn an. Sie starrt ... Ihre Augen leuchten.

Hans fühlt die Wärme des Mädchens. Da drüben stöhnt jemand ...

Oben stehen die Sterne. Nur ein Ausschnitt ist zu sehen. Man sieht sie nur, wenn man sich anstrengt. Die Straßenlaternen brennen ...

Die beiden Paare tapen nach Hause. Biegen um die Ecke. Die Straße ist endlos. Hans sieht hundert, tausend Straßenlaternen, jede ist größer und heller als alle Sterne da oben zusammen.

Tapp und tapp.
„Liebst du mich?“
„Du und du“ ...

„Arbeitsschulung“ eine Vorstufe zum Arbeitsdienst

Was will die DINTA-Bewegung?

Von Paul Richartz

Die bürgerliche Presse verbreitet zur Zeit einen Aufsatz „Helft der Jugend“, von Dr.-Ing. e. h. Carl Arnold, Düsseldorf, des Leiters des Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung), in dem dafür Stimmung gemacht wird, daß die Jugendlichen, insbesondere die Schulentlassenen, die ja in diesem Jahr zu Tausenden keine Lehrstellen finden, in Industriebetrieben zu einer praktischen „Arbeitsschulung“ herangezogen werden sollen. Arnold stützt sich dabei auf Ausführungen des bekannten Großindustriellen Dr. Vögler, der ein besonderes Interesse an diesen Bestrebungen zeigt. Man will die Jugendlichen „vor den vielen persönlichen Irrungen und Wirrungen unserer gefährlichen Zeit schützen“ — so sagt Herr Arnold. Seltsam, die Kapitalisten werden zu Pädagogen!

„Eine derartige praktische Arbeitsschulung wird ihnen allen (den Schulentlassenen) von größtem Nutzen sein, gleichgültig, ob sie im Anschluß daran noch in eine Lehre treten, ob sie sich zu dem immer größeren Ausmaß annehmenden Arbeitsdienst melden, ob sie Siedler werden oder in fremden Ländern ihr Glück suchen wollen. Wichtig allein ist, daß sie alle wenigstens eine Zeit lang sinn- und planvoll arbeiten lernen. Auf das „Was“ kommt es dabei weniger an als auf das „Wie“.“

So Herr Arnold. Ueber das, was bei der „Arbeitsschulung“ die Hauptsache sein soll, geben die Herren also (ungeschickterweise) verschiedene Auskunft. Das ist verdächtig. Arnold ist deutlich. Er unterstreicht: Arbeitsdienst! In dieses Kapitel gehört die Geschichte zur Hauptsache hinein. Die „Vorlehre“, wie Arnold seine Arbeitsschulung auch nennt, stellt praktisch eine Vorstufe oder Abart zum Arbeitsdienst dar! Zum Arbeitsdienst kann man die Vierzehnjährigen ja noch nicht gebrauchen. Darum soll die Arbeitsschulung die Schulentlassenen erfassen und sie entsprechend beeinflussen. Sie soll die Arbeit der heute schon zum großen Teil „staaterhaltend“ oder faschistisch orientierten Volksschulen fortsetzen und die „gefährliche“ Zwischenzeit bis zur Arbeitsdienstfähigkeit ausfüllen.

Die Methoden, die bei der „Arbeitsschulung“ angewandt werden sollen — das wird ausdrücklich festgestellt —, sollen die des DINTA sein. Wer das DINTA kennt, weiß, was das bedeutet. Es ist nötig, etwas näher auf dieses bisher nur in Fachkreisen bekannte Institut einzugehen.

Was ist Sinn und Zweck dieser Einrichtung? Lassen wir Arnold selber reden: „Die technische Rationalisierung hat zwar vorwärts, aber nicht zum Ziele geführt. Ihr muß die Rationalisierung vom schaffenden Menschen aus folgen... Hier ist der Ausgangspunkt aller weiteren Rationalisierungsbestrebungen klar gezeigt. Die zu lösende Aufgabe aber heißt: Diesen für den Arbeitsprozeß entscheidenden Faktor (Mensch) zu höchster Leistungsfähigkeit zu entwickeln und mit höchstem Arbeitswillen zu beselen...“ Man sucht einen Arbeitsgeist, Arbeitsfreude zu erwecken. „Werksgesinnung“ nennt es Arnold. Und für die ganze Methode hat er das schöne Wort „Menschenbewirtschaftung“ geprägt! Welch blutiger Hohn! Der Sklave soll sein Joch

auch noch gerne tragen! Er soll die Peitsche lieben, die ihn schlägt! Zur Vollbringung dieser steterlich schwierigen Aufgabe verlangt Arnold vom Ingenieur und Werkführer, daß er „neben dem Geschick zur technischen Führung eines Betriebes“ noch „die hohe Kunst der rechten Menschenführung“ — eine wahrhaftige Teufelskunst! — verstehen müsse.

Man ist bestrebt, die Arbeiter durch alle möglichen Mittel ideologisch an das Werk zu binden. Man denke an die Werkzeitungen, deren Auflage von Unternehmerseite auf etwa 500 000 geschätzt wird, und die ganz in diesem Geiste geschrieben sind. Ferner an die Leschallen, Bibliotheken, Sportplätze und viele andere menschenfreundliche Einrichtungen. Ein besonders geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist die Einrichtung von Lehrlingswerkstätten, wo die Berufsausbildung statt wie bisher zum Teil in den öffentlichen Berufsschulen, nunmehr ausschließlich durch die Unternehmer selbst geschehen soll. Das alles geschieht nicht aus sozialen Gründen! Man läßt sich vielmehr dabei vom nackten Profitinteresse leiten:

„Das Problem ist, vom Kleinkinde bis zum alten Manne die Führung in der Hand behalten, nicht — ich unterstreiche es noch einmal — aus sozialem Streben, sondern aus der Erkenntnis der Produktivität heraus, daß ich den Menschen als den wichtigsten Faktor der Wirtschaft pfleglich behandeln und führen muß.“

Will man es deutlicher haben? So etwas schreibt Arnold natürlich nicht in Artikeln, die draußen für seine Ideen werben sollen. Solche Auslassungen finden sich in der für Unternehmer bestimmten Zeitschrift „Arbeitsschulung“. „Das Kernproblem heißt: Verbesserung und Verbilligung der Produktion. Darüber hinaus ist nichts geplant.“

Ganz besonders hat die DINTA-Bewegung es auf die Beeinflussung der Volksschulen im Sinne der Ertüchtigung der Jugend für die Wirtschaft abgesehen. Hier wehte bekanntlich seit dem Erstarken der pädagogischen Reformbewegung ein etwas frischerer Wind. Man wandte sich von dem alten, auf stumpfes Eindringen von Lehrplänen eingestellten Schulmechanismus zu der fortschrittlicheren Methode der Arbeitsschule (ohne dadurch natürlich den Klassencharakter der Schule zu ändern!). Es sollte ferner weniger Gewicht auf eingepacktes Wissen als auf die formalen Qualitäten eines allseitig entwickelten Menschentums ankommen.

Arnold stellt fest, daß wir nicht in einem Paradiese, sondern einem Jammertale leben. „Daran wird weder Menschenwitz noch Menschenwollen jemals Entscheidendes zu ändern vermögen. Was wir aber tun können — und pflichtgemäß auch tun müssen — ist, die uns anvertraute Jugend hart und stark (!!) genug zu machen, die irdischen Widerwärtigkeiten zu überwinden...“ „Hart und stark machen“ heißt natürlich, sie so erziehen, daß die Kinder und Jugendlichen „die irdischen Widerwärtigkeiten“ der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit Gleichmut, ja, mit Liebe tragen. Arnold verlangt von der Volksschule „gute, grundlegende Ausbildung im Lesen, Schreiben, Rechnen und Deutsch“. Also zurück zur alten Schule des

19. und der früheren Jahrhunderte! „Gefühl für Einordnung und Sinn für Unterordnung unter einen Führerwillen.“ Eine echt faschistische Forderung, wie sich ja überhaupt das faschistische Schulprogramm mit dem der Industrie glatt deckt. Das könnte man an zahllosen Beispielen zeigen. Und schließlich verlangt er: „Bejahende Einstellung zur Gesamtwirtschaft“. Kapitalistisches Gesinnung als offizielles Erziehungsziel!

Das alles steht nicht nur auf dem Papier. Das DINTA arbeitet planmäßig an der Verwirklichung ihrer Ziele. „Wir schicken heute schon unsere Ingenieure systematisch in die oberen Volksschulklassen hinein“, verrät Arnold selbst.

Aus den Selbstzeugnissen des DINTA-Fachmannes geht klar hervor, womit man es bei dem neuesten Plan der Industrie zu tun

hat. Man will die Jugend ideologisch einfüngen zum Zwecke erhöhter Produktivität. Man will schließlich das System des Arbeitsdienstes differenzierter und damit für den Augenblick wirksamer gestalten.

Die bisher noch wenig konkreten Pläne werden sicherlich bald greifbare Formen annehmen und für die Regierung das Muster für ihre Notverordnung zur Arbeitsdienstpflicht abgeben. Die klassenbewußte Arbeiterschaft muß Herrn Vögler u. Co. einen Strich durch die Rechnung machen! Aber wie ist es mit der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie, die ja beide mit den Industriekapitalisten die Angst vor der politischen „Gefährdung“ der Jugend teilen? Werden sie dem Jungproletariat, ebenso wie beim freiwilligen Arbeitsdienst, in den Rücken fallen? Man hat allen Grund, das zu befürchten.

Kapitulation des Buchdruckerverbandes

Der Manteltarif-Schiedsspruch in „freier Vereinbarung“ fast restlos anerkannt

Wir brachten in der „SAZ“ vom 15. Mai bereits die kurze, vom Deutschen Buchdrucker-Verein (Unternehmerverband) in der Tel.-Union veröffentlichte Notiz über eine endgültige gütliche Manteltarif-Vereinbarung mit den Buchdruckergewerkschaften. Jetzt wird bekannt, daß unsere damals ausgesprochene Vermutung, es sei wohl ein faules Kompromiß abgeschlossen und ohne Befragen der Mitglieder endgültig unterzeichnet worden, richtig war.

Der am 16. April vom Zentralschlichtungsamt unter Vorsitz Prof. Brahns gefällte Schiedsspruch sah folgende Verschlechterungen vor:

Durch die Hinausschiebung der Arbeitszeit bis 8 Uhr abends fällt der Aufschlag bei Schichtarbeit für die Stunde von 7 bis 8 Uhr fort.

Im § 3 Ziffer 3 werden die Worte „zum Zwecke der Arbeitszeitverkürzung an einem bestimmten Tag (möglichst am Sonnabend)“ gestrichen.

Die regelmäßige Sonntagsarbeit wird nur noch mit 75 statt bisher 90 Proz. bezahlt.

Das Einschneidendste und Empörendste war die Kürzung der Ferienbezahlung „in Anbetracht der Notzeit“ auf 70 Prozent.

Die Kostgeldsätze der Lehrlinge wurden vom zweiten Lehrjahre ab um 5 Proz. auf 15, 25, 35 Proz. gekürzt.

Der Schiedsspruch wurde von den Buchdruckern wie auch von der Verbandsleitung einmütig abgelehnt, während die Unternehmer ihm zustimmten und seine Verbindlichkeitsklärung beantragten. Nachverhandlungen vor dem RAM. scheiterten. Wider Erwarten lehnte aber Stegerwald die Verbindlichkeitsklärung ab.

Auf Ersuchen der Unternehmer kam es dann am 10. Mai zu neuen direkten Verhandlungen. Daß die Unternehmer die Verhandlungen verlangten, beweist, wie wenig Interesse sie an einem tariflosen Zustand hatten und wie relativ günstig die Position der Buchdrucker bzw. ihrer Gewerkschaft auch für einen eventuellen Kampf war. Um so skandalöser ist — für die Verbandsführung — das nunmehrige Verhandlungsergebnis. Grundlage der Verhandlungen war der Schiedsspruch.

Daran wurden nur folgende äußerst minimale Änderungen vorgenommen:

Im § 3 werden die Worte „zum Zwecke der Arbeitszeitverkürzung an einem bestimmten Tage“ wieder aufgenommen mit der Änderung „es kann auch der Sonnabend sein.“

Statt 70 sollen 75 Prozent Feriengeld, und zwar auch bei Kurzarbeit, auf Grund der 48stündigen Arbeitszeit bezahlt werden.

Das sind gewiß einige kleine Verbesserungen, aber alle entscheidenden Verschlechterungen des Schiedspruches bleiben. Es bleibt die Beseitigung des Schichtzuschlages für die 7. bis 8. Stunde, die Kürzung des Sonntagszuschlages von 90 auf 75 Prozent, es bleibt fast restlos die Kürzung des Lehrlingsgeldes und vor allem, es erfolgt ein Abbau der Urlaubsbezahlung um 25 Prozent.

Die Konferenz der Gauvorsteher am 13. Mai nahm zu diesem Angebot der Unternehmer Stellung und stimmte ihm zu. Ausdrücklich wurde dort erklärt, daß ein Nichtzustimmen zu Kampfhandlungen führen würde, das man aber vermeiden sollte. So stimmte man zu und teilte dies auch als endgültige Stellungnahme dem Unternehmerverband mit. Ausdrücklich beschloß die Gauvorsteherkonferenz von Urabstimmung, d. h. einem Befragen der Mitglieder, Abstand zu nehmen, da „man endlich einmal wieder zur Ruhe kommen müßte“. Die Tarifvereinbarung ist also endgültig. Bei der jetzigen Berichterstattung über die Verhandlungen in Funktionär- oder Mitgliederversammlungen können die Kollegen nicht mehr entscheiden, sondern nur hören, was längst gemacht und entschieden ist.

So hat die organisatorisch und in bezug auf Kampfmöglichkeit am günstigsten stehende Gewerkschaft in dem grundsätzlichen Angriff der Unternehmer auf die Urlaubsentschädigung trotz guter Kampfmöglichkeit als erste elend versagt und kapituliert.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. mbH Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Staats-Theater
Oper u. d. Linden
Donnerstag, 19. Mai
8 Uhr:
Die Hugenotten

Schauspielhaus
Gendarmenmarkt
Donnerstag, 19. Mai
8 Uhr:
Der Liebestrank

Schillertheater
Charlottenburg, Singulardamm
Donnerstag, 19. Mai
8 Uhr:
Die Räuber

Theater des Weddings
Müller, Ecke Sellenstraße
Kameradschaft
und
Lügen auf Rügen

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorhaus / am Potsdamer Platz B1 Karl. 2334
Harry Piel im Tonfilm
Der Geheimagent
mit Maria Solveig, Ferdinand Hart und Eduard von Winterstein
außerdem: großes Tonfilm-Kabarett, u. die neueste Ufa-Tonwochenschau Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 + M.
Fügt ab 9 Uhr vormittag ab 3 U. nachm. bis 11 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nacht kino Berlins

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
das große Britages wegen verlagert so haben Sie noch nie gelacht über Buster Keaton in
Casanova wider Wilien
dazu:
Lies Deyers, Gustav Fröhlich in dem amüsanten Tonlustspiel:
Die verliebte Firma
Werbt Abonnenten!

M. I. L. A. Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Eine Woche Richard Taubers neuester, sensationeller Tonfilm-Erfolg:
„Melodie der Liebe“
mit Lies Deyers, Szöke Szakell
Auf der Bühne:
Gastspiel **Wilhelm Bendow** in seiner lustigen Szene **Reise-Erlebnisse in Wort und Bild**

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Dienstag bis Donnerstag:
Ein Lied, ein Kub, ein Mädel
der große Operettenfilm mit Grete Theimer, Fritz Grünbaum, Tibor v. Halmai, dazu:
Dick und Dof hinter Schloß und Riegel
Tonlustspiel in der tschech. Sprache.
Ab Freitag:
Richard Tauber, „Melodie der Liebe“

KAUFHAUS SCHOCKEN
Stoffe für Wander-, Sport- und Gartenkleider

Panama (Natte) das beliebte Gewerkekleider, weiß oder farbig, 80 cm breit m	0.48	Zwirn-Panama mercerisiert, vorzügliche kräftige Strapazierqualität, helle Farben, 70 cm breit m	0.85
Beiderwand Baumwolle mit Kunstseide, gewirnte Qualität, schöne Streifen-Muster, 70 cm breit m	0.68	Kleider-Rips indanthrenfarbig, bewährte kräftige Qualität, große Farbauswahl, 80 cm breit m	0.95
Künstlerdruck indanthrenfarbig, blau- oder braungründig, große Musterauswahl, 30 cm breit m	0.75	Kunstseiden-Panama maßglänzend, viele Sommerfarben, 70 cm breit m	0.95

149 Inseratenform geschüht
Die Maße geben die ungefähren Breiten an.

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
des großen Britages wegen verlagert!
Der Sieger
mit Hans Albers und
Dienst ist Dienst
Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Der König der Steppe
und
Madame hat Ausgang
Die neueste Uccandé Wochenschau

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Martha Eggerth, Max Hansen
in
„Der Frauendiplomat“
und
Die große Bühnenschau
Wochentage 5³⁰ Uhr. Sonntage 3³⁰ Uhr.

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENSTR. 20
Verpflegung
Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Kauft Gutscheine für den Pressefonds